Persönlichkeiten und Apparat der außenpolitischen Geschäftsführung unter Sir Edward Grey

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
genehmigt
von der Philosophischen Fakultät der
Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin
von

Margret Boveri
aus Würzburg

Tag der Prüfung: 9. Juni 1932
Tag der Promotion: 10. Dezember 1932

Berlin-Grunewald
Dr. Walther Rothschild
1932

93

Referenten:

Prof. Dr. H. Oncken
Prof. Dr. F. Hartung

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Mit Zustimmung der Fakultät erscheint nur ein Teildruck. Die gesamte Arbeit wird erscheinen als 12. Heft der Schriftenreihe „Politische Wissenschaft", herausgegeben von der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin und des Instituts für Auswärtige Politik in Hamburg.

Druck von J. C. F. Pickenhahn & Sohn A.-G., Chemnitz

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort 5

I. Das Verhältnis von Außenminister zu Krone, Premierminister, Kabinett und öffentlicher Meinung 8

1. König Eduard und die Außenpolitik 10
2. Der Premierminister und die Außenpolitik 27
3. Das Kabinett und die Außenpolitik 38
4. Grey und einzelne Kabinettsmitglieder (Ripon, Morley, Haldane, Lloyd George, Tweedmouth, McKenna, Churchill) 50
5. Außenpolitik, Parlament und öffentliche Meinung 63

II. Die Verhältnisse im Foreign Office . . . . .

1. Die Organisation im Foreign Office . . . . . .
2. Der Einfluß des Unterstaatssekretärs (Sanderson, Hardinge, Nicolson) . . . . . .
3. Die Assistant Under-Secretaries (Barrington, Langley, Campbell, Mallet) . . . . . .
4. Sir Eyre Crowe . . . . . .
5. Die Unterbeamten im Foreign Office . . . . . .
6. Die auswärtigen Vertreter (Bertie, Lascelles, Goschen, Nicolson, Spring-Rice) . . . . . .
7. Nebenströmungen im Bereich des Foreign Office . . . . . .

III. Das Zusammenwirken der verschiedenen Strömungen bei der Gestaltung der Außenpolitik . . . . . .

1. Die Militärbesprechungen . . . . . .
2. Die Haldane-Mission . . . . . .
3. Die Frage: Entente oder Allianz . . . . . .

IV. Sir Edward Greys Persönlichkeit und politische Stellung . .

Verzeichnis der Schreiber von Vermerken . . . . . .

Literaturverzeichnis 77

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41533911_0019

Vorwort

Wenn ich in dieser Arbeit versuche, festzustellen, wie weit Sir Edward Grey bei der Führung der englischen Außenpolitik von Kollegen, Vorgesetzten oder Untergebenen beeinflußt wurde und wie weit er selbständig vorging, so bin ich mir bewußt, daß mir das wichtigste Material für eine solche Arbeit fehlt: das gesprochene Wort. Fast alles, was gesprächsweise geäußert wurde, sei es innerhalb des Foreign Office, sei es zwischen den Regierungsmitgliedern oder zwischen König und Außenminister, ist für uns verloren. Und als Quelle bleiben nur schriftliche Äußerungen. Diese sind verschiedener Art und verschieden hoch zu bewerten. Einerseits finden sich in den Britischen Dokumenten zahlreiche Bemerkungen (sogenannte „Minutes") zu den einlaufenden Berichten und Mitteilungen. Sie stammen meist von den Unterbeamten im Foreign Office; doch sind auch so viele Meinungsäußerungen von Seiten des Königs, der Premierminister und einiger Kabinettsmitglieder überliefert, daß es möglich ist, die Stellungnahme der letzteren in vielen Fällen zu erkennen. Diese „Minutes", sowie einige in den Britischen Dokumenten veröffentlichte Privatbriefe, haben den großen Wert, daß sie die damalige Meinung der Schreiber unverfälscht wiedergeben.

Neben diesen Aufzeichnungen steht als zweite Quelle eine Reihe von Memoiren und Biographien der beteiligten Staatsmänner, die ausnahmslos lange nach den Ereignissen geschrieben wurden und von denen man annehmen kann, daß sie manchmal durch nachträgliche Erkenntnisse gefärbt oder durch Gedächtnisfehler entstellt sind.

Ich habe daher versucht, mich soweit wie möglich auf die Britischen Dokumente zu stützen und die Erinnerungswerke — soweit ich sie heranziehe — im Lichte der aus den Britischen

Dokumenten hervorgehenden Tatsachen kritisch zu prüfen. Dadurch wird zwar einerseits der Umkreis der Arbeit stark verengt; anderseits darf das, was dargestellt ist, einen gewissen Anspruch auf Gültigkeit erheben.

Es braucht wohl kaum darauf hingewiesen zu werden, daß es nicht im Bereich dieser Arbeit liegt, die Anschauungen englischer Staatsmänner, die zitiert werden, auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Hier soll nicht versucht werden, die Geschehnisse und ihre Darstellung vom deutschen Standpunkt aus zu sehen, sondern so, wie sie sich für den englischen Politiker jener Tage ergaben. Auch das kann, wie ich glaube, für die deutsche Auffassung dieser ganzen Vorkriegsfragen von Interesse sein. Denn indem man versucht, die Irrtümer und Fälschungen, die vorkommen, nicht kritisch zu bewerten oder zu verurteilen, sondern als gegebene Tatsachen hinzunehmen, kommt man in manchen Fällen erst zu den wahren Grundlagen von politischen Einstellungen, deren Fehlerhaftigkeit häufig mehr auf Unkenntnis und Unvermögen als auf bösem Willen beruht.

Obwohl also hier versucht wird, nicht von einer nationalen Position aus die Gestaltung der englischen Außenpolitik zu betrachten, so läßt es sich doch nicht vermeiden, daß immer wieder Widersprüche auftauchen. Denn es liegt nicht nur im nationalen Interesse der verschiedenen historischen Anschauungsweisen begründet, daß englische Geschichtsschreiber geneigt sind, Grey als den Pazifisten hinzustellen, der bis zuletzt alles tat, um den Kriegsausbruch zu verhüten, und daß anderseits die deutsche Geschichtsschreibung in Grey's Ententepolitik eine wichtige Kriegsursache sieht. Diese doppelte Anschauungsmöglichkeit liegt, wie mir scheint, durchaus in den Tatsachen selbst begründet. Es laufen hier viele Linien durcheinander und die verschiedensten Strömungen durchkreuzen und überschneiden sich. Wenn schon Grey's Persönlichkeit allein viele Widersprüche in sich birgt, die nicht auf einen Generalnenner zu bringen sind, so ist es fast unmöglich, die verschiedenen Einflüsse, die von außen her auf die damalige Außenpolitik einwirkten, eindeutig zu bestimmen. Fast in allen Instanzen — sei es im Kabinettsrat oder im Foreign Office — kann man doppelte oder dreifache Zielsetzungen erkennen, und es ist mit dem heute vorliegenden Material noch nicht in allen Fällen möglich, festzustellen, welcher Richtung sich Grey im gegebenen Augenblick anschloß.

Diese Uneinheitlichkeit in Einzeldingen muß sich in einer Arbeit widerspiegeln, die den Versuch machen soll, ein Bild von den verschiedenen Komponenten der englischen Außenpolitik zu geben. So ist es unvermeidlich, daß Wiederholungen vorkommen, daß kein klarer Querschnitt gegeben werden kann, daß die Mannigfaltigkeit der Möglichkeiten oft nur durch eine Häufung von Einzelheiten dargestellt wird. Und so wird derjenige enttäuscht sein, der eine klare Antwort auf die Frage erhoffte: wie kam die englische Außenpolitik zustande? Es kann nur gezeigt werden, daß sie zu verschiedenen Zeitpunkten und in verschiedenen Zusammenhängen durchaus verschiedenartigen Einwirkungen und Einflüssen unterlag, daß zwar ihre Wirkung nach außen eine konstante Linie zeigte, daß aber diese Beständigkeit auf der Basis von sehr veränderlichen politischen Willensbildungen entstand.

I. Das Verhältnis des Außenministers zu Krone, Premierminister, Kabinett und öffentlicher Meinung

Es ist in England schwer, rein verfassungsmäßig festzustellen, wer — außer dem Außenminister — auf die Außenpolitik bestimmenden Einfluß auszuüben hat. Zwar sind die verfassungsmäßigen Beziehungen zwischen dem Außenminister und den übrigen Regierungsinstanzen festgelegt; aber diese Festlegung bedeutet nur einen äußeren Rahmen, innerhalb dessen je nach der politischen Konstellation, und je nach der Veranlagung der einzelnen Persönlichkeiten die weitgehendsten Verschiebungen möglich sind.

Äußerlich lassen sich die verfassungsmäßig feststehenden Beziehungen zwischen dem Foreign Office und den neben- und übergeordneten Instanzen vielleicht am besten erkennen aus der traditionell geregelten Art, wie die auswärtigen Dokumente bei den verschiedenen Instanzen zirkulieren. Es sind da zwei Arten von Foreign Office-Kästen (despatch-boxes) zu unterscheiden:

1. diejenigen für die Dokumente geheimer und vertraulicher Natur, für die nur der König und der Premierminister einen Schlüssel haben;
2. die Kästen für sämtliche Kabinettsmitglieder, zu denen nicht nur alle Minister, sondern auch deren Privatsekretäre einen Schlüssel besitzen.

Ein Beispiel aus der Regierungszeit von Königin Victoria wird deutlich machen, welche Bedeutung der Einsichtnahme in diese Kästen zugemessen wurde und wie stark auch der Unterschied zwischen den beiden Arten empfunden wurde: Eduard VII. hatte sich als Prince of Wales jahrelang bemüht, entgegen den Wünschen seiner Mutter Einblick in die auswärtigen Angelegenheiten zu bekommen. Schließlich gab ihm Lord Rosebery den wiedergefundenen Schlüssel seines verstorbenen Vaters, der die für die Königin und den Premierminister bestimmten Kästen öffnete; außerdem bekam er noch den sogenannten Kabinettsschlüssel für

die zweite Art von Kästen. Salisbury dagegen schickte dem Prinzen nur die Kästen, die mit dem Kabinettsschlüssel zu öffnen waren, wogegen der Prinz erfolglos protestierte.[1]) Dieser Vorfall mit den Schlüsseln und Kästen mag an sich nebensächlich erscheinen. Er ist aber nicht nur bezeichnend für die verschiedene Stellungnahme zweier Außenminister, sondern auch für die Bevorzugung der Konservativen durch Queen Victoria und der damit Hand in Hand gehenden Erscheinung, daß der Prince of Wales von den Whigs besonders gut behandelt wurde. Diese Tatsache war vielleicht nicht ohne Einfluß auf das spätere gespannte Verhältnis zwischen dem König und Salisbury (als Premier- und Außenminister), wie auch auf sein gutes Einvernehmen mit Roseberys eifrigstem Anhänger und Freund: Sir Edward Grey.

Eine strittige konstitutionelle Frage in bezug auf das Verhältnis zwischen Foreign Office und Parlament wurde schon vor Grey's Amtsantritt erledigt. Die Liberalen wünschten, daß der Führer im House of Commons alle Telegramme und Mitteilungen seitens des Foreign Office sehen sollte, ein Antrag, der jedoch nicht durchdrang.[2])

Man sieht aus diesen Beispielen, wie ungeheuer wichtig die Kenntnisnahme der außenpolitischen Papiere war. Nur wer einen Einblick in die despatch-boxes hatte, wußte, was vorging; nur er konnte in entscheidendem Sinn für die Außenpolitik von Einfluß sein.

Für das Verhältnis der Krone zum Außenministerium war folgende, im Grunde finanztechnische Frage von Bedeutung: König Eduard verlangte, daß die Reisen, die er im Staatsinteresse machte, vom Staat bezahlt würden. Der Schatzminister dagegen verlangte, daß der Außenminister darüber entscheiden solle, welche Reisen im Staatsinteresse gemacht seien, welche nicht. Dagegen verwahrte sich der Sekretär des Königs, und die Entscheidung fiel zu Gunsten des Königs aus.[3]) Auch dies war eine hochpolitische Frage. Durch die Art der Entscheidung war dem Außenminister ein Druckmittel genommen, das er hätte ausüben können, wenn ihm die Politik der königlichen Reisen nicht genehm war.

Geht man nun von diesen Einzelbeispielen über zu dem, was an verfassungsmäßigen Beziehungen für den Außenminister sicher feststeht, so kann man kurz zusammenfassen:

---

[1]) Lee, King Edward VII, I, 216 f.
[2]) Viscount Morley, Recollections, II, 17.
[3]) Lee, II, 29.

1. Der Außenminister ist der Berater des Königs und macht ihm Mitteilung über alles, was in den auswärtigen Angelegenheiten vorgeht. Der König hat nicht die rechtliche Möglichkeit, eine abweichende Meinung seinerseits gegen den Willen des Außenministers durchzusetzen.
2. Der Außenminister setzt den Premierminister von allem, auch von den geheimsten Verhandlungen in Kenntnis. Der Premierminister hat in allen Fragen die letzte Entscheidung, wobei er verpflichtet ist, die Auffassung der Kabinettsmajorität zur Geltung zu bringen.
3. Der Außenminister ist verpflichtet, für die Entscheidung jeder wichtigen außenpolitischen Frage eine Kabinettssitzung einberufen zu lassen und sich der Majoritätsauffassung seiner Kollegen zu unterwerfen.
4. Der Außenminister kann keine bindenden Verträge mit anderen Staaten abschließen, ohne dieselben dem Parlament — wenn auch nur nachträglich — zu unterbreiten.[1])

1. König Eduard und die Außenpolitik.

Wie schon oben erwähnt wurde, hatte Eduard VII. bereits als Prince of Wales nach vielen Kämpfen und gegen den Willen seiner Mutter durchgesetzt, daß ihm Einblick in die Außenpolitik seines Landes gewährt wurde. Als er im Jahre 1901 den Thron bestieg, hatte er schon seit 16 Jahren die außenpolitischen Berichte und seit 9 Jahren die Kabinettsprotokolle vorgelegt bekommen.[2]) Ebenso wie seine Mutter war er fest entschlossen, sich auf allen Gebieten der Politik mitbestimmend zu betätigen. „Er beanspruchte das Recht, über alle ministeriellen Entscheidungen eine Meinung auszusprechen; er verlangte bis in die kleinsten Einzelheiten von allem, was vorging, in Kenntnis gesetzt zu werden; er wollte innerhalb der konstitutionellen Schranken seine Autorität so stark als möglich zur Geltung bringen."[3])

---

[1]) Im Gegensatz zu dieser Auffassung, die auf Grund der Biographie von Lee, der Memoiren von Grey, Churchill und anderen gewonnen wurde, schreibt Kittredge Norton (Foreign Office Organisation, S. 1): „Treaties are made and ratified without parliamentary approval". Hier zeigt sich der Widerspruch zwischen dem, was die Verfassung festsetzt, und dem, was eine langjährige Praxis ergibt. Daß andererseits auch diese traditionelle Bindung in der Praxis wieder umgangen wurde, braucht nicht betont zu werden.

[2]) Lee, II, 36.

[3]) Vgl. Lee, II, 37.

König Eduards Hauptinteresse hatte sich von jeher auf die Außenpolitik konzentriert, und hier versuchte er am stärksten, seinen Einfluß geltend zu machen. Wie Lee angibt (II, Seite 157, Fußnote) gingen bei Salisburys Rücktritt sogar Gerüchte um, daß der Grund für diesen Rücktritt in den unüberwindlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem König und dem Minister zu suchen sei, und zwar vor allem in der Verschiedenheit ihrer Auffassungen über die Frankreich und Deutschland gegenüber einzuschlagende Politik. Lee schenkt zwar diesen Gerüchten keinen Glauben, aber sie beweisen mindestens, wie hoch der Geltungswille des Königs damals eingeschätzt wurde. Lee selbst präzisiert die Haltung des Königs zu seinem Außenminister wie folgt:[1])

„Seine Gewohnheit, über die Außenpolitik zu korrespondieren und persönliche Besprechungen abzuhalten, wurde während seiner ganzen Regierungszeit beibehalten, und er war überaus freigebig (prolific) mit unabhängigen Bemerkungen und Warnungen gegenüber seinen Ministern, sooft es sich um außenpolitische Fragen handelte.

Es war das konstitutionelle Amt des Premierministers und insbesondere des Sekretärs für das Auswärtige, den König in Bezug auf seine Haltung gegenüber jeder auftauchenden auswärtigen Frage zu beraten; aber König Eduards lebenslängliches Studium auswärtiger Angelegenheiten und seine reife Vertrautheit mit den persönlichen Hauptfaktoren festländischer Politik gestatteten ihm seine ausländischen Informationsquellen nicht, auf seine ministeriellen Ratgeber zu beschränken oder mit automatischer Gelehrsamkeit ein Echo ihrer Meinungen wiederzugeben. Nicht selten vertauschte er den Platz mit seinen konstitutionellen Ratgebern und bot seinen Rat an, statt ihn entgegenzunehmen. Er war nach konstitutioneller Weise nicht in der Lage, sich der Annahme seines Rates durch seine Minister zu versichern, aber nichts konnte seine sogenannten Diener daran hindern, denselben anzunehmen, wenn sie ihn für passend hielten und denselben als ministeriellen Ausspruch an ihn zurückzugeben. Auf diese Weise beriet König Eduard seine Ratgeber. Ein solcher Vorgang spielte sich häufig ab ohne Beeinträchtigung des konstitutionellen Prinzips. Darin lag eine gewisse Rechtfertigung des populären Glaubens, daß die auswärtige Politik Großbritanniens während seiner Regierungszeit durch die Vorlieben des Souveräns beeinflußt worden seien."

[1]) Lee, II, 114 f.

Obwohl somit eine Beeinflussung der englischen Außenpolitik durch König Eduard als feststehend betrachtet werden muß, scheint mir doch die Meinung, die sich vor allem vor und während des Krieges in Deutschland festgesetzt hat, König Eduard sei ein schlauer, zielbewußter Politiker, ein Haupturheber der Einkreisungspolitik und der entscheidende außenpolitische Faktor in England gewesen, nicht richtig zu sein. Vielmehr hatte er offenbar in manchen Beziehungen eine gewisse Ähnlichkeit mit seinem Neffen, dem deutschen Kaiser; mit dem Unterschied allerdings, daß sowohl das englische Regierungssystem wie auch die leitenden englischen Staatsmänner es ermöglichten, die negativen Seiten des Königs vor der Welt zu verbergen und zu verhindern, daß aus ihnen für die englische Politik schlimme Folgen erstünden. Die Eigenschaften, die er — wie aus der Biographie von Lee deutlich wird — mit Kaiser Wilhelm II. gemeinsam hatte, sind vor allem: eine große Impulsivität, eine schnelle Auffassungsgabe und oft das Richtige treffende Intuition; jedoch verbunden mit einer übermäßigen Sprunghaftigkeit der Meinungsbildung, einer starken Beeinflußbarkeit und einem Mangel an politisch-willensmäßiger Stetigkeit. Eduard VII. konnte Meinung und Willen in kürzester Zeit von aggressivster Intensität zu völliger Nachgiebigkeit in ein und derselben Frage ändern. Und bei aller Kenntnis der politischen Zustände und der handelnden Personen an den leitenden Stellen in Europa fehlte ihm doch die Fähigkeit, die Probleme zu durchdenken und logisch bis zu Ende zu verfolgen. Dilke sagt z. B. über den Prince of Wales[1]), er habe: „mehr Verstand und mehr Umgang (usage) mit der modernen Welt als seine Mutter, deren lange Zurückgezogenheit sie von der Welt abgeschnitten hat, aber weniger tatsächliche Geisteskraft (real brain power). Er ist in gewissem Sinn sehr schlau (sharp), die Königin gar nicht schlau, aber sie trägt schweres Metall, denn ihr Eigensinn bedeutet eine Art von Macht".

Und bei aller Zurückhaltung des Urteils spricht sich Lee bei einer Gegenüberstellung von Balfour und dem König doch folgendermaßen über die geistigen Qualitäten des letzteren aus:[2])

„Seine (nämlich Balfours) geistige Gewandtheit, seine Fähigkeit, komplizierte Gedankengänge zu formen und zu verfolgen, lag außerhalb des Bereichs des Königs; und es gab wenig Gemein-

[1]) Lee, I, 518.
[2]) Lee, II, 160.

sames zwischen dem selbstsicheren Aussprechen von schnell gefaßten Entscheidungen über öffentliche Fragen, das dem König in Sprache und Schrift Gewohnheit war, und den ausgefeilten dialektischen Feinheiten, die für Herrn Balfours kühle, gedankliche Unabhängigkeit charakteristisch waren. Der König war sich privatim bewußt, daß Herr Balfour ihm in einer Diskussion ohne Schwierigkeit überlegen war, und er vermied Auseinandersetzungen (encounters), von denen er wußte, daß er sie nicht siegreich bestehen könne."

Und an einer anderen Stelle schreibt Lee:[1])

„Sein Gedächtnis war erstaunlich; er schien unfähig, etwas zu vergessen. Er dachte selten über Dinge nach, aber wie durch Intuition löste er oft ein Rätsel auf einen Schlag. Er verlor keine Zeit mit dem Entwirren von Knoten. Er zerschnitt sie."

Diese Urteile lassen sich ohne Schwierigkeit durch verschiedene Vorfälle während der Regierungszeit von Eduard VII. belegen. Bezeichnend etwa für die Schnelligkeit, mit der der König seine Meinung ändern konnte, ist die Doggerbankaffäre. Bei der ersten Meldung über die Versenkung der Schifferboote (vom 23. Oktober 1904) schrieb er die Bemerkung: „A dastardly outrage."[2]) Er verlangte strengste Bestrafung der Schuldigen und war empört über die einlaufenden russischen Erklärungsversuche, die er für völlig erfunden und verlogen hielt. Am 26. Oktober schrieb er, der russische Admiral „muß für sein Verhalten bestraft werden, und wir haben m. E. ein Recht, das zu verlangen."[3]) Wenige Stunden später, nach der Lektüre des Berichts von Seiten eben dieses russischen Admirals, schreibt er:[4])

„Ich sehe unsere Schwierigkeit, nämlich unser Verlangen gegenüber der russischen Regierung, daß jemand bestraft werde; würden wir in einer ähnlichen Lage einwilligen, dies zu tun? Ich glaube fast nicht, und es könnte daher peinlich (awkward) sein, wenn wir uns in eine Position begeben, die einer absoluten Absage begegnet. Die öffentliche Meinung, die mit unnötiger Heftigkeit von der Presse angespornt wird, ist gegen Rußland sehr aufgebracht, aber sind wir bereit, mit Rußland einen Krieg zu beginnen? Es wäre, glaube ich, ein fürchterliches Unglück

[1]) Lee, II, 405.
[2]) Britische Dokumente, IV, Nr. 5.
[3]) Lee, II, 302.
[4]) Lee, II, 302 f.

für dieses Land, da niemand weiß, was für Folgen es haben könnte, und schließlich doch nur wegen der Erben von zwei harmlosen Fischern. . ."

Wodurch dieser plötzliche Umschwung bewirkt wurde, läßt sich nicht feststellen, aber die neue Einsicht äußert sich, ebenso wie die erste Bestrafungswut, sofort in Direktiven, und der König telegrafiert am 28. Oktober an Lansdowne:[1])

„Bin sehr gegen Pression für Bestrafung des Admirals. Rußland würde eine solche Demütigung nicht akzeptieren."

Ähnliche plötzliche Umschwünge der königlichen Meinung finden sich immer wieder; so etwa bei der Frage, ob Eduard VII. den König von Spanien besuchen soll. Zuerst ärgert sich der englische König über die Insistenz, mit der der Spanier seine Einladung wiederholt, und schreibt, er werde sich als konstitutioneller Herrscher hinter den Flügeln seiner Regierung verstecken müssen. Drei Tage später hat er die Angelegenheit mit Hardinge und Knollys besprochen und ist bereit, die Reise zu machen.[2])

Auch einzelnen Menschen gegenüber war des Königs Verhalten großen Schwankungen unterworfen. Einerseits tat er z. B. alles, um Iswolsky heranzuziehen: er hatte Unterredungen mit ihm in Kopenhagen und Marienbad; er lud ihn ein und schrieb über ihn einen lobenden Brief an den Zaren, um seine durch die bosnische Krise erschütterte Stellung zu stützen. — Andrerseits konnte der König einen Bericht von Cartwright über Iswolsky's Deutschfreundlichkeit, sein Liebäugeln mit dem Botschafterposten in Berlin, seine mangelnde Sympathie für Frankreich lesen und dazu die Bemerkung machen:[3])

„Ein ganz vortrefflicher Bericht, und ich bin durchaus der Ansicht (besonders nach dem, was ich kürzlich gehört habe), daß seine Ausführungen über Herrn Iswolsky vollkommen richtig sind."

Obwohl der König von allen Seiten als der Inbegriff von Taktgefühl und Zurückhaltung gelobt wird, hatte doch das Foreign Office nicht selten Ursache, über seine Indiskretionen ungehalten zu sein. Lee erwähnt z. B., daß er Personen, die der Regierung fern standen, um Rat fragte in Angelegenheiten, die nicht über die Kenntnis der Regierung hinaus dringen sollten.[4])

[1]) Lee, II, 302 f.
[2]) Lee, II, 537.
[3]) Britische Dokumente, VI, Nr. 23.
[4]) Lee, II, 114.

Ein anderer Vorfall, der auf des Königs diplomatische Befähigung kein günstiges Licht wirft, ereignete sich noch unter dem Kabinett Balfour. Für den königlichen Besuch in Deutschland im August 1904 hatte Lansdowne ein Memorandum über außenpolitische Fragen für den speziellen Gebrauch des Königs ausgearbeitet. „Das Lansdowne Memorandum war ausschließlich für die Benutzung des Königs bestimmt gewesen, aber durch ein schweres Mißverständnis übergab der König es dem Kaiser. . . . Lord Lansdowne war über diesen Vorfall außerordentlich aufgebracht und erklärte nachträglich dem Grafen Metternich, daß sein Promemoria, das unmittelbar vor des Königs Abreise in großer Eile geschrieben worden war, nie für des Kaisers Augen geschrieben wurde, sondern nur für die persönliche Orientierung des Königs dienen sollte."[1])

Ein anderes Beispiel für die Indiskretionen des Königs bringt Newton in seiner Biographie über Lansdowne, wenn er über das Gespräch zwischen dem König und Iswolsky in Kopenhagen berichtet: „Im Lauf seiner Unterredung scheint der König einige ziemlich unvorsichtige Bemerkungen über unsere Stellung zu Japan gemacht zu haben, die denn auch von Iswolsky voll ausgenutzt wurden."[2])

Mit der Zeit und mit dem teilweisen Nachlassen von König Eduard's politischem Tätigkeitsdrang wurden derartige Entgleisungen seltener. Doch scheint auch während seiner letzten Regierungsjahre das Mißtrauen im Foreign Office gegen die Indiskretionen des Königs nie ganz eingeschlafen zu sein.

— — —

Es war notwendig, diese negative Charakteristik von König Eduard zu geben, um das Bild von ihm als dem zielbewußten Leiter der englischen Außenpolitik zu berichtigen. Nachdem dies geschehen ist, soll im Folgenden dargelegt werden, in welcher Weise der König positiv die Außenpolitik seines Landes zu beeinflussen suchte, welches seine Haupttendenzen und -interessen waren und wie weit es ihm gelang, dieselben zur Geltung zu bringen.

Es ist bekannt, daß Eduard VII. von Jugend auf in eine bestimmte Richtung gedrängt worden war: die Berichte, die seine Schwester, die deutsche Kronprinzessin Victoria, aus Berlin gab,

[1]) Lee, II, 126.
[2]) Newton, Lord Lansdowne, 308.

nahmen ihn schon frühzeitig gegen Bismarck und die preußisch-deutsche Politik ein. Und als sich in den Jahren 1864 und 1866 die englische Prinzessin mit den deutschen Interessen indentifizierte, kam es zu nicht unerheblichen Differenzen zwischen dem Kronprinzenpaar und dem Prince of Wales; denn die Vermählung des letzteren mit der dänischen Prinzessin Alexandra hatte seine Sympathien in der schleswig-holsteinischen Frage völlig auf Seiten Dänemarks konzentriert. Dagegen in Paris war die prinzliche Sehnsucht nach Vergnügungen leichter Art immer wieder auf die reizendste Art erfüllt worden, und dies hatte sicherlich, neben der vorübergehenden Verehrung für Napoleon III. und einigen Freundschaften mit dem Hochadel, nicht wenig dazu beigetragen, die lebenslänglichen Sympathien Eduards für Frankreich hervorzurufen und wach zu halten.

Diese starken Jugendeindrücke dürften zeitlebens die Grundlage für Eduards politische Neigungen abgegeben haben. Und die Tatsache, daß er von seiner Mutter auch in reifem Alter noch völlig von jeder Einflußnahme auf die Politik ausgeschaltet wurde, während sein junger Neffe Wilhelm II. schon eine entscheidende Rolle auf dem Kontinent spielte, mag ebensoviel wie die sportlichen Rivalitäten zwischen Onkel und Neffen dazu beigetragen haben, eine dauernde gereizte Stimmung seitens Eduard gegen den deutschen Kaiser und damit auch gegen Deutschland hervorzurufen. So ist es ganz natürlich, daß nach seinem Regierungsantritt der König Deutschland zurückhaltend und oft auch mißtrauisch gegenübersteht, während er andrerseits bemüht ist, die Beziehungen zu Frankreich, die von seiner Mutter nicht gepflegt worden waren, enger zu gestalten.

Es ist jedoch sehr fraglich, ob seine eben geschilderten Sympathien und Antipathien auf die Führung der englischen Außenpolitik wirklich von entscheidendem Einfluß waren. Als Eduard VII. den Thron bestieg, war die Periode der „splendid isolation" noch nicht abgeschlossen, und noch standen alle Möglichkeiten für eine Freundschafts- und Bündnispolitik für England offen. Es liegt nahe, die Tatsache der Festlegung Englands auf der französisch-russischen Seite in Verbindung mit Eduards außenpolitischen Neigungen zu bringen. Jedoch wird eine solche Annahme nicht durch die Tatsachen gestützt. Alfred Stern sucht nachzuweisen[1]), daß der König zu Beginn seiner Regierungszeit eifrig bemüht war,

[1]) Europäische Gespräche, VII (1929). 486—489.

eine freundschaftliche Verbindung mit Deutschland zustande zu bringen. Er zeigt jedoch nur, daß Eduard an den damals laufenden Verhandlungen tätigen Anteil nahm, jedoch nicht, daß ihm die Urheberschaft oder auch nur die Führung in dieser Politik zukam. So glaube ich, hier nur ein Beispiel für die Aktivität des Königs sehen zu können, eine Aktivität, die so groß war, daß sie vor allem ein Wirkungsfeld suchte, wobei die Frage der Zielsetzung erst in zweiter Linie kam. Jedenfalls ergriff der König die Möglichkeit, eine englisch-französische Verständigung herbeizuführen mit ebenso großer, wenn nicht größerer Intensität. Daraus hat seinerzeit nicht nur die öffentliche Meinung, sondern auch die historisch-politische Publizistik in England und Deutschland den Schluß gezogen, daß der König mit seinem Pariser Besuch im Jahre 1903 die Initiative für die Anbahnung der englisch-französischen Entente ergriffen habe. Gegen diese weitverbreitete Meinung sprach sich Balfour in einem Brief an Lansdowne aus, in dem es heißt:[1])

„Ich war jedoch sehr überrascht, zu sehen, daß er (Rose) ganz überzeugt die Entente-Politik Eduard VII. zuschreibt, womit er einem ernsthaften Geschichtswerk ein Stück dummen Klatsches einverleibt, der zur Zeit von König Eduards Tod, und vielleicht auch vorher, geherrscht hat.

Nun hat er, soweit ich mich erinnere, während der Jahre, als Sie und ich seine Minister waren, nie eine wichtige Anregung (suggestion) irgendwelcher Art in den großen Fragen der Politik gemacht. Ich bitte Sie, Ihre eigene Erinnerung zu bearbeiten und mir zu sagen, ob ich mit meiner Ansicht recht habe."

Und der Biograph von Lansdowne fügt mit Recht hinzu:

„Ein Studium der Korrespondenz bezüglich des englisch-französischen Übereinkommens kann nicht umhin, jedermann davon zu überzeugen, daß dieses das Ergebnis von langer und mühseliger Arbeit seitens der Minister war, eine Arbeit, die Monate vor dem berühmten königlichen Besuch in Paris begonnen hatte."

Man kann also wohl mit Bestimmtheit sagen, daß der König in diesen wichtigsten politischen Fragen seiner ersten Regierungsjahre keineswegs eine führende Rolle gespielt hat. Die Art seiner Tätigkeit wird vielleicht am besten gekennzeichnet durch einen Satz von Sir James Rennell Rodd:[2])

[1]) Newton, Lord Lansdowne, 293.
[2]) Rennell Rodd, Social and Diplomatic Memoiries, II, 109.

„Er setzte keine neue Politik in Gang (he did not originate) . . Aber wenn von seinen Ratgebern eine politische Linie festgelegt worden war, war er der wirkungsvollste Mitarbeiter, um sie zur Ausführung zu bringen."

Als Grey das Amt des Außenministers übernahm, war also die Richtung der englischen Außenpolitik durch die englisch-französische Entente schon weitgehend festgelegt. Auch die Annäherung an Rußland lag schon auf der von Lansdowne bestimmten Linie und war nur durch die Zwischenfälle während des russisch-japanischen Kriegs aufgehalten worden. Bei einer Betrachtung von König Eduards Einfluß auf die Außenpolitik während der Amtstätigkeit von Sir E. Grey kann es sich also nur mehr darum handeln, festzustellen, welche Wünsche der König innerhalb des gegebenen Rahmens zur Geltung bringen wollte und wieweit ihm dies gelang. Um dies darzustellen, mögen zuerst einige seiner typischen Randbemerkungen einen Eindruck von seiner Haltung gegenüber den wichtigsten europäischen Staaten geben.

Ein Beispiel für seine Ansichten über die englisch-französischen Beziehungen gibt seine Randbemerkung zu einem Privatbrief von Goschen vom 29. August 1908 über ein Gespräch mit Clemenceau:[1])

„M. Clemenceau hat sich mir gegenüber ähnlich ausgesprochen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß er bezüglich Deutschlands nervös ist, und von seinem Gesichtspunkt aus hat er Grund dazu, weil Frankreich, wenn wir ihm mit gar keinen Soldaten beistehen können, falls es von Deutschland angegriffen werden sollte, fühlt, daß es nicht imstande wäre, sich zu behaupten. 10. September 1908."

Diese Bemerkung scheint — abgesehen von ihrer franzosenfreundlichen Haltung — darauf hinzuweisen, daß König Eduard keinerlei Kenntnis von den militärischen Abmachungen mit Frankreich hatte (eine Frage, die von A. Stern als ungelöst betrachtet wird). Auch dies wäre ein Beweis dafür, daß der König gerade bei den folgenschwersten Entscheidungen nicht mitgewirkt hat.

Eine andere Bemerkung bezieht sich auf einen Privatbrief von Bertie, in dem dieser über ein Gespräch zwischen einer neutralen Persönlichkeit und Clemenceau folgendermaßen berichtet.[2]) Clemenceau sagte:

[1]) Britische Dokumente, VI, Nr. 100.
[2]) Britische Dokumente, VI, Nr. 107.

„Die französische Armee stelle jetzt etwas ganz anderes dar als damals (nämlich 1870), und Frankreich habe sich von seiner Niederlage erholt. . . Sie (die Franzosen) brauchten Frieden, um als Demokratie große soziale Reformen durchzuführen, und sie wünschten, mit jedermann auf gutem Fuß zu bleiben, aber Deutschland dürfe Frankreich nicht auf die Hühneraugen treten, denn Frankreich würde den Handschuh aufheben und Deutschland würde sich einem geeinten Volk gegenübersehen, das sich ihm entgegenstellen würde. . .“ Dazu schreibt der König:

„Herrn Clemenceaus Bemerkungen zu . . . waren ausgezeichnet und überaus treffend, wenn auch vielleicht nicht sehr versöhnlich.“

Die Bemerkungen des Königs gegenüber Deutschland sind viel häufiger und oft außerordentlich scharf. So schreibt er z. B. zu einem Brief Nicolsons über deutsche Beeinflussungsversuche in Madrid: „A case of bullying as usual!“[1]) Oder er bemerkt zu einem Bericht von Cartwright über die deutschen Presseäußerungen zum Kronberger Besuch:[2])

„Die Bemerkungen der deutschen Presse sind höchst unfair und irreführend. Wenn Deutschland seinen umfangreichen Schiffbau einstellt, werden wir dasselbe tun, sonst aber nicht. Das ist die einzige Chance für eine wirklich friedliche Lösung der gegenwärtig zwischen England und Deutschland herrschenden Stimmung.“

Nach der Marokkokrise antwortet der König auf eine Aufforderung, den Kaiser einzuladen, er wolle erst drei Monate warten, bis der Kaiser „zeigt, daß er keine neuen Überraschungen auf uns losläßt.“[3])

Bei dem Zwischenfall anläßlich des kaiserlichen Briefs an den englischen Admiral Tweedmouth sprach der König in einem sehr kurzen Brief an den Kaiser seine Mißbilligung über dieses ungewöhnliche Vorgehen aus.

Es wäre jedoch — wie ich glaube — auch hier wieder falsch, aus diesen Beispielen zu schließen, daß diese Abneigungen und Vorlieben durchaus bestimmend auf König Eduards außenpolitische Haltung eingewirkt hätten. Zwar ist sein Pariser Besuch ein Beweis dafür, daß er willentlich zur Besserung der englisch-französischen Beziehungen beitragen wollte, aber anderseits schreibt er im Oktober 1904 zu einem Bericht von Bertie: „Die

[1]) Britische Dokumente, III, Nr. 192.
[2]) Britische Dokumente, VI, Nr. 114.
[3]) Lee, II, 528.

Haltung der französischen Presse ist höchst unbefriedigend."[1]) Und ähnlich ist sein Verhalten Deutschland gegenüber: zwar ist der Grundzug seiner Überzeugungen anti-deutsch; aber immer wieder kommen deutsch-freundliche Äußerungen heraus. So findet sich etwa bei Lascelles' Bericht über Bülows freundliche Haltung vom 17. April 1906[2]) eine längere warnende Bemerkung von Crowe, man müsse Bülows Äußerungen mit Vorsicht aufnehmen; wogegen der König schreibt: „Ein sehr interessantes und befriedigendes Gespräch zwischen Fürst Bülow und Sir F. Lascelles." Oder er macht zu den Verständigungsvorschlägen von Bethmann-Hollweg die Bemerkung: „Das ist eine Angelegenheit von schwerwiegender Bedeutung — aber es ist befriedigend, daß der erste Schritt von Deutschland ausgeht — durch den neuen Kanzler."[3])

Und noch im Juni 1910 berichtet Goschen in einem Privatbrief an Hardinge:[4])

„Seine Majestät sagte mir, der Kaiser sei außerordentlich nett und in jeder Hinsicht überaus aufmerksam und taktvoll gewesen. Er fügte hinzu, er werde nach besten Kräften alles tun, um die „Familien"-Beziehungen auf dem guten Stand zu erhalten, auf den sie jetzt gelangt seien. Da der Kaiser mir in ebensolch warmen Worten der Anerkennung vom König sprach, darf man hoffen, daß zwischen den beiden Monarchen und Vettern auch weiterhin alles glatt gehen wird."

Wesentlich unklarer als das Verhältnis zu Deutschland und Frankreich waren König Eduards Beziehungen zu Rußland. Einerseits war er von tiefem Mißtrauen gegen das interne russische Regierungssystem und die russische Art überhaupt erfüllt und hatte sich des öfteren in Familienfragen und Fragen der Balkanpolitik über die russische Stellungnahme geärgert. Andrerseits war er schon im Jahre 1904 durchaus russenfreundlich in seiner Ansicht über die Dardanellenfrage, wie folgende Sätze beweisen:[5])

„Sowohl Hardinge als auch der König waren der Meinung, daß kein Grund vorhanden zu sein schien, um die Durchfahrt russischer Kriegsschiffe durch die Dardanellen zu verhindern, wie wir es in der Vergangenheit versucht haben; und daß diese

[1]) Britische Dokumente, IV, Nr. 9.
[2]) Britische Dokumente, III, Nr. 404.
[3]) Britische Dokumente, VI, Nr. 197.
[4]) Britische Dokumente, VI, Nr. 374.
[5]) Lee, II, 289 f.

Konzession einer ungehinderten Durchfahrt sich als sehr nützlicher Aktivposten erweisen könne für den Fall, daß die allgemeinen Verhandlungen für ein Übereinkommen mit Rußland wieder aufgenommen würden. . ."

Wenn man auch hier vermuten kann, daß dies weniger des Königs als Hardinges Gedankengänge sind, so gibt es doch auch Beispiele für selbständige russenfreundliche Entscheidungen des Königs. Eine der wenigen eigenmächtigen Handlungen, die Eduard VII. gegen den ausdrücklichen Willen seines Außenministers unternahm, war die Einladung an Iswolsky im Oktober 1906, mit der er den Gang der russisch-englischen Annäherung beschleunigen wollte, während die englische Regierung der Meinung war, die Zeit sei noch nicht gekommen „die Dinge zu überstürzen."[1])

Aber dann stand der König wieder einem Besuch in Rußland sehr ablehnend gegenüber und mußte erst allmählich an den Gedanken des Revaler Zusammentreffens gewöhnt werden. So kann man sagen, daß bei seinem Verhältnis zu Rußland die politische Einsicht von der Notwendigkeit eines Zusammengehens der beiden Länder das überwiegende war, während Gefühlsmomente ihn des öfteren wieder von dieser geraden Linie abzogen.

Eindeutig bis zum Eigensinn ist des Königs Haltung in Fragen, die auf den Gang der großen europäischen Politik von untergeordneter Bedeutung waren, wie etwa der Frage der mazedonischen Reformen. Noch stärker ist das sichtbar bei seiner Stellungnahme zu dem Mord des serbischen Königspaars im Jahre 1903. Hier war es einzig und allein der König, der bis zum Jahre 1906 verhinderte, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen England und Serbien wieder aufgenommen wurden. Die Begründung seiner starren Unversöhnlichkeit ist so bezeichnend, daß sie hier folgen mag:[2])

„Ich bedauere sehr, daß ich Ihren Anregungen nicht Folge leisten kann. Der Mord an König Alexander und Königin Draga war so entsetzlich, daß er einen tiefen Eindruck auf die öffentliche Meinung in England machte. Die öffentliche Meinung hat sich noch nicht von diesem Schock erholt und würde sicherlich die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit Serbien nicht gutheißen; und Sie wissen wohl, daß ich und meine Regierung die öffentliche Meinung unseres Landes in Rechnung

[1]) Siehe darüber: Britische Dokumente, IV, Nr. 230, 233 und 237 und die offenbar nicht ganz richtige Darstellung bei Lee, II, 569.

[2]) Lee, II, 272 f.

setzen müssen. Und außer diesem Grund habe ich noch einen anderen, sozusagen persönlichen Grund. Mon métier à moi est d'être Roi. Auch König Alexander hatte den Beruf eines Königs. Wie Sie sehen, gehörten wir zur selben Zunft von Arbeitern oder berufstätigen Männern. Ich kann nicht gleichgültig bleiben gegenüber dem Mord eines Mitglieds meines Berufs, oder — wenn Sie wollen — eines Mitglieds meiner Zunft. Wir wären gezwungen, unser Geschäft zuzumachen, wenn wir, die Könige, den Mord an Königen als völlig belanglos betrachten würden. Es tut mir leid, aber Sie sehen, daß ich nicht das tun kann, was Sie von mir wünschen."

Auch bei der bosnischen Krise fühlte sich der König tief verletzt. Die Tatsache, daß er kurz vorher den Kaiser Franz Josef in Ischl besucht und in den freundschaftlichsten Beziehungen zu ihm gestanden hatte, ohne daß dieser es für nötig hielt, ihn über die Ansichten der österreichischen Regierung in Kenntnis zu setzen, fand er empörend; über Aehrenthals Verhalten und dessen Unzuverlässigkeiten äußerte er sich in mehreren Bemerkungen zu Berichten aus Wien höchst abfällig[1]); und Mensdorff wurde, bei einem in jenen Tagen erfolgten Besuch in Balmoral, verletzend reserviert behandelt.[2]) Ja, die Impulsivität des Königs ging so weit, daß er Mensdorff bei einer seiner offiziellen Einladungen nach Windsor als einzigen von den Botschaftern ausschließen wollte, und es der ganzen Beredsamkeit von Hardinge bedurfte, um ihn von diesem Vorhaben abzubringen.[3])

Man kann also erkennen, daß der König sowohl in den großen Linien der europäischen Politik wie auch bei kleineren Streitfragen seine eigenen Ansichten hatte. Es ist jedoch unter den bisher gedruckten Bemerkungen des Königs zu den Foreign Office-Papieren keine einzige zu finden, in der er einen bestimmten Vorschlag macht, ein politisches Ziel angibt oder auch nur in neuartiger Weise zu den Begebenheiten Stellung nimmt oder auf bestimmte Zusammenhänge hinweist. Die oben zitierten Bemerkungen gehören zu den ausgeprägtesten, die von König Eduards Hand stammen. Sie geben in unverbindlicher Weise seine Ansicht wieder. Aber niemand wird behaupten können, daß sie besonders bedeutungsvoll wären. Newton sagt ganz richtig:[4])

---

[1]) Britische Dokumente, V, Nr. 484.
[2]) Lee, II, 633.
[3]) Lee, II, 645.
[4]) Newton, Lord Lansdowne, 292.

„Aber König Eduard war nicht arbeitsam veranlagt (of a studious disposition), und da er wenig las, kann seine Kenntnis komplizierter internationaler Fragen kaum besonders tief gewesen sein. Zum Beispiel seine Bemerkungen zu der Foreign Office-Korrespondenz, welche oft mit viel Ehrfurcht zitiert wurden, sind nicht von sehr erleuchtender Natur."

Aus den Proben, die Lee von den königlichen Briefen gibt, ist zu entnehmen, daß der König hier seine Meinung in großer Ausführlichkeit und zuweilen mit einer starken Insistenz zum Ausdruck brachte. Aber im Gegensatz zu seiner Mutter, die mit zähem Eigensinn wochen- und monatelang auf einer Sache beharren konnte, läßt sich Eduard nach kurzem Hin und Her entweder überzeugen oder er läßt den ministeriellen Beschlüssen ihren Lauf. So kann man mit Ausnahme von ganz wenigen Fällen (Einladung Iswolsky's, diplomatische Beziehungen zu Serbien) sagen, daß seine Ansichten nur da zur Ausführung gelangten, wo sie mit den Ansichten seiner Minister, insbesondere denen des Außenministers, übereinstimmten; und daß es sonst entweder möglich war, den König umzustimmen oder aber, daß die Entscheidungen auch gegen seinen Willen erfolgten.

Wenn also sein Einfluß auf die eigentliche Gestaltung der Außenpolitik als verhältnismäßig gering veranschlagt werden muß, so hat er doch umso bestimmender auf die persönlichen Fragen der Außenpolitik eingewirkt. Es gehörte zu einem Grundzug seines Wesens, daß er persönliche Beziehungen und persönliche Fühlungnahme wesentlich höher einschätzte als rein sachliche politische Auseinandersetzungen. Er, der freiwillig nie ein Buch ganz zu Ende gelesen hat, wurde lebendig und interessiert, sobald er es mit Menschen zu tun bekam. In der Außenpolitik fand er eine Menge persönlicher Elemente, die ihn anzogen. War er doch mit fast allen Exponenten der europäischen Staaten durch verwandtschaftliche Beziehungen verknüpft und war er doch auch in ungewöhnlich hohem Maße und weitem Umkreis mit den wichtigsten Politikern seiner Zeit bekannt und oft befreundet. Schon in seiner Prinzenzeit hatten die französischen Botschafter in London ihm oft mehr Einblick in die laufenden Angelegenheiten gewährt als die Minister seines eigenen Landes.[1]) Mit dem portugiesischen Botschafter, dem Marquis de Soveral, hatte er über alle politischen Ereignisse so vertrauliche Besprechungen, wie wohl kaum mit

[1]) Lee, I, 259.

seinen leitenden Ministern. Und an den verschiedensten Punkten der Welt saßen Korrespondenten, die ihm ausführlich Bericht geben mußten über die jeweiligen dortigen Vorgänge. Zu nennen sind hier etwa: Donald Wallace, Wickham Steed, Hardinge und Watson.

Diese Vorliebe für persönliche Beziehungen erstreckt sich auch auf sein Verhältnis zum Foreign Office. In einem Brief an Nicolson berichtet Hardinge, daß er dem König einen Privatbrief Nicolson's vorgelegt habe, da dieser Privatbriefe besonders gern lese.[1]) Und in der Tat ist der größere Teil der vom König geschriebenen „Minutes" in den Britischen Dokumenten Privatbriefen oder persönlich gehaltenen Berichten zugefügt. Daraus kann man schließen, daß der König diese Art von Briefen bestimmt gelesen hat, während er über die Unmenge von Berichten und Memoranden technischen oder rein sachlichen Inhalts eher flüchtig hinweggegangen sein dürfte.

Nach dem eben Gesagten wird es nicht wundernehmen, daß der König allen Personalfragen seine größte Aufmerksamkeit zuwandte und insbesondere die Besetzung der Botschafter- und Gesandtenposten ungeheuer wichtig nahm. Aus der Biographie von Lee[2]) geht hervor, wie eingehend er sich immer wieder mit diesen Fragen beschäftigte und in langen Briefen versuchte, die von ihm gewünschten Kandidaten durchzusetzen. Unter anderem hat er auf die Besetzung des Berliner Postens durch Sir Frank Lascelles entscheidend eingewirkt und dann auch jahrelang in lebhaftem Briefwechsel mit Lascelles gestanden, bis er zu der Überzeugung kam, daß dieser zu deutsch-freundlich geworden sei, um länger auf dem Posten belassen zu werden.

Von ebenso großer Wichtigkeit wie die Personalfragen waren ihm Ordensverleihungen und andere Auszeichnungen sowie alle Fragen des Zeremoniells. Seitenlange Briefe wurden gewechselt zwischen dem König und Grey oder Hardinge über die Frage, ob der Schah von Persien den Hosenbandorden oder der König von Siam die Kette der Victoria bekommen solle oder annehmen werde, und inwieweit andere Potentaten, die diese Auszeichnung schon besaßen, durch die Neu-Verleihung in ihrem Selbstgefühl beeinträchtigt würden.[3]) Ja, wenn es galt, eine Ordensverleihung durchzudrücken, dann konnte Eduard VII. sogar eine Antipathie

[1]) Britische Dokumente, III, Nr. 354.
[2]) Lee, I, 212, 628; II, 181, 445, 612.
[3]) Lee, II, 154, 470.

vorübergehend zurückstellen und vergessen und nur dem Ziele leben, dem ihm sonst unsympathischen Menschen die geplante Auszeichnung zu verschaffen. — Ein bezeichnender Fall ähnlicher Art war der ziemlich heftige Streit zwischen dem König und dem Foreign Office über die Entsendung einer englischen Kapelle Militärmusik auf die Einladung der Stadt Mainz hin. Das Foreign Office hatte mit Rücksicht auf französische Empfindlichkeiten die Erlaubnis verweigert, und der Sekretär des Königs, Lord Knollys, mußte einen langen Protestbrief an Hardinge schreiben, in dem die wichtigsten Stellen vom König eigenhändig unterstrichen waren. Man sieht hier wieder, wie die eigentliche politische Linie des Königs — in diesem Falle die anti-deutsche Tendenz — immer wieder durchbrochen wurde, wenn ihm eine andere Frage mehr am Herzen lag. Aber hier — wie in allen Fragen, in denen die „große Politik" berührt wurde — gelang es ihm nicht, seinen Willen durchzusetzen.

Bei der Impulsivität des Königs konnte es nicht ausbleiben, daß sein Verhältnis zu den einzelnen Ministern nicht ganz reibungslos verlief. Er zeigte sich sehr irritiert, wenn ihm nicht alles, was vorging, mitgeteilt wurde, und war leicht beleidigt, wenn seiner Würde und Stellung nicht immer genügend Rechnung getragen wurde. In einem langen Bericht von Wickham Steed über ein Gespräch mit Clemenceau, den der König an das Foreign Office weiter schickte, hatte er folgende beiden Stellen unterstrichen:[1]) „a conflict that would be brought about by some imprudence on the part of English public men", und: „Some of your public men are appallingly ignorant"; vom König gebilligte Urteile also, die die „public men", welche im Foreign Office saßen, sicher nicht besonders erfreuten.

Wie gespannt die Atmosphäre zwischen dem Foreign Office und dem König manchmal war, zeigt eine Bemerkung, die der König bei Gelegenheit der Daily Telegraph-Affäre schrieb:[2])

„Das Auswärtige Amt wird sich, um seine eigenen Ziele zu erreichen, nicht im geringsten darum scheren (will not care a pin), was für Demütigungen ich auf mich nehmen muß."

Was die Beziehungen zwischen dem König und Sir Edward betrifft, so scheint im großen und ganzen sowohl aus den Britischen Dokumenten wie aus der Biographie von Lee und den Erinne-

[1]) Lee, II, 628.
[2]) Lee, II, 622.

rungen von Grey hervorzugehen, daß dieselben zwar nicht sehr warm, aber ziemlich gleichmäßig und gut gewesen sind, und daß der König sich des öfteren für seinen Außenminister, der ja auch sein Patenkind war, einsetzte.

Besonders nahe Beziehungen verbanden den König mit Sir Charles Hardinge, der auf den meisten königlichen Reisen als Vertreter des Foreign Office anwesend war, und der als der Hauptträger der täglichen Beziehungen zwischen König und Foreign Office angesehen werden darf. Darüber wird bei der Behandlung von Hardinge als Unterstaatssekretär noch die Rede sein.

— — —

Zusammenfassend kann man über den Einfluß von König Eduard auf die englische Außenpolitik sicherlich sagen, daß derselbe — bei aller Ausgesprochenheit, Eigenart und manchmal sogar Insistenz des Königs — doch verhältnismäßig gering war. Die Punkte, über die sich lange Auseinandersetzungen zwischen dem König und dem Foreign Office entspannen, und in denen der König zuweilen seinen Willen durchsetzte, waren eher untergeordneter Natur: Ordensverleihungen, Einladungen an auswärtige Souveräne, Empfang von auswärtigen Staatsmännern, Besetzung von Botschafter- und Gesandtenposten. Dagegen standen die Hauptlinien der englischen Politik damals durchaus fest. Bei ihrer Ausgestaltung äußerte der König zwar meist seine Ansicht, doch kann man erkennen, daß seinem Willen nur dann entsprochen wurde, wenn derselbe mit der Willensrichtung der Kabinetts- oder Foreign Office-Politik übereinstimmte. Ja, man kann sogar sagen, daß das Foreign Office es in vielen Fällen verstand, den König gegen seinen ursprünglichen Willen für eine bestimmte Politik zu gewinnen. Hier dürfte vor allem Sir Charles Hardinge zwischen dem Auswärtigen Amt und dem König eine äußerst wichtige und noch nicht genügend gewürdigte Rolle gespielt haben. Er war es, der auf den königlichen Reisen die außenpolitische Führung in der Hand hatte; er war es auch, der den König von übereilten Schritten abhielt oder ihm zuredete, gegen seine Neigungen Entscheidungen zu treffen. — Wie stark und eingehend der König sich vor seinen Unterredungen mit fremden Souveränen sachlich beraten — man möchte fast sagen: eindrillen — ließ, beweist etwa die Darstellung seiner Informationsstunde bei Sir A. Nicolson vor seinem Zusammentreffen mit dem Zaren in Reval.[1])

[1]) H. Nicolson, Lord Carnock, 270 ff.

Die Bedeutung Eduards VII. für die Gestaltung der englischen Außenpolitik läßt sich vielleicht auf eine Formel bringen, wenn man sagt: eine sehr temperamentvolle, impulsive und aktivistische Persönlichkeit mit ausgedehnten persönlichen Beziehungen und ungenügenden Sachkenntnissen versuchte, sich nach allen Richtungen hin auszuwirken; diesem starken Geltungswillen wurde in verhältnismäßig unwichtigen Einzelfragen freier Lauf gelassen, in den großen Fragen der Politik wurde er jedoch vom Foreign Office aufs sorgfältigste überwacht und geleitet und hatte nur auf den vorgezeichneten Bahnen wirklich die Möglichkeit, sich zu entfalten.

Es mag überraschen, daß bei dieser Gegenüberstellung von Foreign Office und Krone nur Eduard VII. als Träger der letzteren besprochen wird und nicht sein Nachfolger Georg V.; über den letzteren ist jedoch bisher so gut wie nichts überliefert; in den Britischen Dokumenten sind weder „Minutes" von ihm enthalten, noch die von seinem Vater so häufig unterzeichneten „approved" zu finden. Die einzige außenpolitische Tat König Georgs, die in den bisher erschienenen Britischen Dokumenten zu erkennen ist, ist eher passiver Art: es ist der letzte telegrafische Appell an den Zaren, den er in der Nacht vom 31. Juli auf den 1. August auf Betreiben von Asquith und Tyrrell abgehen ließ.[1])

Erwähnenswert ist vielleicht noch, daß auch König Georg, ebenso wie König Eduard, alle Mitteilungen und Dokumente vom Foreign Office vorgelegt bekam. Das geht daraus hervor, daß Nicolson bei seinem Rücktritt vom Foreign Office vom König aufgefordert wurde, als zusätzlicher Privatsekretär des Königs zu wirken, eine Freundlichkeit, die dem alten Diplomaten ermöglichen sollte, trotz seiner Verabschiedung in der damaligen aufregenden Zeit den Lauf der Ereignisse an Hand der Quellen zu verfolgen.[2])

2. Der Premierminister und die Außenpolitik.

Bei der Betrachtung des Verhältnisses vom Premierminister zur Gestaltung der Außenpolitik während Edward Greys Ministerschaft, muß man unterscheiden zwischen der Periode Campbell-Bannerman und der Periode Asquith.

[1]) Asquith, Memories and Reflections, II, 10 und Britische Dokumente, XI, Nr. 384. In dem inzwischen erschienenen Bd. VII der Britischen Dokumente finden sich ein paar Vermerke von Georg V., die völlig untergeordneter Natur sind.

[2]) Nicolson, Lord Carnock, 431.

Die erstere ist schwieriger zu durchschauen als die letztere: denn in den Beziehungen zwischen Campbell-Bannerman und Grey waren vor 1905 schwere Störungen und Meinungsverschiedenheiten aufgetreten, die fast bis zum Bruch geführt hätten. Grey gehörte zu der Gruppe der Imperialisten, die sich während des vorübergehenden Zerfalls der liberalen Partei (Spaltung Harcourt und dann Campbell-Bannerman gegen Rosebery) aus den jüngeren Mitgliedern gebildet hatte und deren Hauptführer Asquith, Grey und Haldane waren. Grey als Außenpolitiker kam vielleicht am meisten in Konflikt mit der offiziellen Parteileitung. So hielt er z. B. im Dezember 1898 eine außenpolitische Rede, ohne vorher die Parteiführer befragt oder auch nur in Kenntnis gesetzt zu haben, woraufhin Harcourt von der Parteileitung zurücktrat.[1]) Im Anfang des Jahres 1901 waren die sogenannten „Roseberyites" in offener Revolte, und Grey wurde zum Präsidenten des Imperial Liberal Council gewählt.[2]) Am 2. November 1901 schrieb Ripon an Campbell-Bannerman, den nunmehrigen Führer der liberalen Partei:[3])

„Ich stimme mit Ihnen darin überein, daß eine aufrichtige Zusammenarbeit nach der beabsichtigten Rebellion nicht wiederaufgenommen werden kann. Sie müssen Ihre eigene Richtung einschlagen und verlangen, daß man Ihnen folgt. Es tut mir leid, daß Grey der Präsident der liberalen Imperialisten geworden ist."

Und schließlich stellte Grey vier Punkte bezüglich der Burenpolitik auf und machte es von der Annahme derselben durch Campbell-Bannerman abhängig, ob er in der Partei bleiben werde oder nicht.[4])

Im Lauf der nächsten Jahre kam es zu einem neuen Zusammenschluß der divergierenden Partei-Faktionen. Dennoch hielten Asquith, Grey und Haldane es im September 1905 für notwendig, einen Plan (den sogenannten Relugas-Pakt) aufzustellen, um im Falle einer liberalen Regierungsbildung Campbell-Bannerman aus seiner Führerstellung herauszudrängen durch das gemeinschaftliche Verlangen, daß er als Premierminister in das House of Lords übergehen und die so überaus wichtige Führung des Unter-

[1]) L. Wolf, Life of the first Marquess of Ripon, II, 251.
[2]) Wolf, Ripon, II, 264.
[3]) Wolf, Ripon, II, 266.
[4]) Wolf, Ripon, II, 268.

hauses Asquith als Chancellor of the Exchequer überlassen sollte. In diesen Plan wurde auch König Eduard eingeweiht und erklärte sich damit einverstanden.[1])

Als es dann wirklich zur Regierungsbildung kam, war Asquith, der geplante Führer der Gegenpartei, der erste, der nachgab und bedingungslos einen Ministerposten annahm, während Haldane und Grey weiterhin an der Abmachung festhielten. Grey war in der damaligen Situation für Campbell-Bannerman der wichtigere von den beiden, sowohl wegen des Mangels an Kandidaten für das Foreign Office, als auch wegen seines allgemeinen Ansehens. Und Grey war derjenige, der sich am längsten gegen die Übernahme eines Ministerpostens unter Campbell-Bannermans Führung sträubte, so daß sogar Haldane — ursprünglich der eifrigste Verfechter des Paktes — ihm schließlich zur Annahme zureden mußte.[2])

Es ist verständlich, daß nach allen diesen Vorfällen kein ganz natürliches und ungezwungenes Verhältnis zwischen Grey und Campbell-Bannerman bestand. Echt englisch scheint mir dabei zu sein, daß sich offenbar die beiden auch in bezug auf sachliche Divergenzen mehr entgegenkamen, als es sonst wohl der Fall gewesen wäre.

Diese Annahme bietet eine Erklärung für die merkwürdige Tatsache, daß ausgerechnet Campbell-Bannerman, der Pazifist, die Genehmigung zu den englisch-französischen Militärbesprechungen erteilte, wenn auch mit einigem Widerstreben. Ein weiterer Grund für diese Entscheidung des Premierministers ist wohl darin zu sehen, daß gerade zu Beginn der liberalen Regierungsära besonders schwerwiegende außenpolitische Entscheidungen verlangt wurden. Die Frage von Englands Verhalten gegenüber Frankreich in der Marokkokrise, das Verlangen Cambons, England möge sich verpflichten, bewaffneten Beistand zu leisten, und der Wunsch, die englischen und französischen Militärs möchten sich in gemeinsamen Unterredungen für den Fall eines kriegerischen Zusammengehens vorbereiten: das waren die ersten außenpolitischen Fragen, die im Dezember 1905 und im Januar 1906 dem neuen Außenminister und seiner Regierung gestellt wurden. Grey erstattete Campbell-Bannerman über alle seine Unterredungen mit

---

[1]) Haldane, An Autobiography, 158—162.

[2]) Haldane, Autobiography, 168—173; Asquith, Memories and Reflections, I, 231; Grey, Twenty-five Years, I, 62 f; Spender, Life of Campbell-Bannerman, II, 193.

Cambon ausführlichen Bericht. Trotzdem hat man aber den Eindruck, daß kein absolut offenes Verhältnis zwischen den beiden bestand und daß Grey bemüht war, Campbell-Bannerman von dritter Seite für seine Ideen bearbeiten zu lassen. Lord Fitzmaurice, der parlamentarische Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten und Bruder von Lord Lansdowne, schrieb in jener Zeit einen Brief an Campbell-Bannerman und fügte einen Brief von Lord Ripon, dem damaligen außenpolitischen Vertrauten von Grey, bei. In diesen Briefen war die Befürchtung ausgesprochen, daß es eine schlechte Wirkung in Frankreich auslösen werde, wenn das französische Volk — entgegen seinen bisherigen Hoffnungen — entdecke, daß England zu nichts weiter als zu diplomatischem Beistand verpflichtet sei.[1])

Auf diese Weise wurde offenbar Campbell-Bannerman, der versuchte, die Entscheidung in diesen ganzen Fragen hinauszuschieben, vorbereitet auf die Festlegung von Grey am 15. Januar in der Frage der „military conversations". Spender schreibt dazu:[2])

„Campbell-Bannerman hatte Bedenken bezüglich der Auslegung, der diese „Mitteilungen" begegnen konnten, aber er wurde von allen Umständen in Kenntnis gesetzt und gab seine Einwilligung zu ihrer Inangriffnahme, unter der Bedingung, daß sie vorsehende Maßnahmen wären, und daß die Regierung durch ihre Ergebnisse nicht gebunden sein würde. Mit dieser Einschränkung glaubte er, daß sie keine neue Frage der politischen Einstellung aufwarfen."

Im übrigen ist in den bisher vorliegenden Britischen Dokumenten nur ein weiterer Fall zu finden, wo Campbell-Bannerman (zusammen mit Ripon und Morley) von Grey um ausdrückliche Genehmigung gefragt wurde, und diese auch erteilte. Es ist dies die Frage, ob man auf Wunsch der russischen Regierung die ausdrückliche Erwähnung der englischen Interessen im Persischen Golf in der Präambel zu der persischen Konvention fortlassen könne, eine Frage, die vom Foreign Office und den drei befragten Ministern bejahend beantwortet wurde.[3])

Trotz der wiederholten Versicherungen von Grey, Campbell-Bannerman, Asquith und Spender, daß zwischen Grey und Campbell-Bannerman eine durchaus loyale Zusammenarbeit bestand, hat man doch bei der Lektüre der Britischen Dokumente den

[1]) Wolf, Ripon, II, 292.
[2]) Spender, Campbell-Bannerman, II, 253.
[3]) Britische Dokumente, IV, Nr. 444.

Eindruck, daß Grey zwar dem Premierminister alle wichtigen Dokumente vorlegte und sich ihm gegenüber durchaus korrekt verhielt, daß er sich jedoch nicht eigentlich eingehend mit ihm über die Fragen der Außenpolitik unterhielt. In Asquiths Zeit sind verhältnismäßig mehr Unterredungen und Übereinstimmungen mit dem Ministerpräsidenten erwähnt als unter Campbell-Bannermans Herrschaft.

Auch kann man unschwer eine Reihe von Punkten finden, in denen die Meinung des Premierministers und seines Außenministers auseinandergingen. So hatte Campbell-Bannerman offenbar einmal das Gefühl, daß Grey während seiner Abwesenheit die Meinung des Kabinetts zu seinen Gunsten umgebogen hätte, und er schrieb daraufhin am 28. April 1906 an Grey:[1])

„Wenn Sie den beigefügten Bericht Ripons über die Vorgänge in der gestrigen Kabinettssitzung ansehen, werden Sie sehen, daß seiner Meinung nach die Behauptung des Kanzlers aufrecht erhalten wurde und daß der ursprünglich vorgeschlagene Satz entweder gestrichen oder abgeändert wurde, um eine Verpflichtung gegenüber Cromers Auffassung zu vermeiden . . . Ihr Brief an mich deutet eher an, daß des Kanzlers Kritik ganz oder wenigstens teilweise abgelehnt wurde. Ich bin nur bemüht, die Entscheidung des Kabinetts aufrecht zu erhalten."

Wie verschieden nicht nur Campbell-Bannermans und die französische Auffassung über die Militärbesprechungen war, sondern wie weit auch Greys und Campbell-Bannermans Meinungen in dieser Frage auseinandergingen, zeigt folgender Vorfall: Am 11. April 1907 berichtete Bertie über Clemenceaus Erregung wegen eines Gesprächs mit Campbell-Bannerman[2]): Clemenceau habe von der deutschen Gefahr gesprochen, und gesagt:

„Unter den gegenwärtigen Verhältnissen und bei der derzeitigen Sachlage bedauere er die Verringerungen am britischen Heer, und er habe dies Gefühl Sir Henry Campbell-Bannerman gegenüber ausgesprochen und sei ganz bestürzt gewesen, als der Premierminister ihm erklärte (lui ayant jeté à la figure), er glaube nicht, daß die englische öffentliche Meinung die Verwendung britischer Truppen auf dem europäischen Festland zulassen würde. Clemenceau meinte, daß dem Premierminister der Gedankenaustausch nicht bekannt sein könne, der während der akuten

[1]) Spender, Campbell-Bannerman, II, 266 f.
[2]) Britische Dokumente, VI, Nr. 9.

Stadien der Marokkokrise zwischen dem französischen und britischen Generalstab stattgefunden habe, als ins Auge gefaßt worden sei, bei gewissen Eventualitäten 115000 Mann britischer Truppen in Belgien oder anderswo zur Unterstützung Frankreichs zu verwenden."

Der Antwortbrief von Grey an Bertie zeigt, wie meisterhaft Grey es verstand, den Sinn von Campbell-Bannermans Worten so umzubiegen, daß sie immer noch den Überzeugungen seines Premierministers entsprechen konnten und doch gleichzeitig den französischen Wünschen befriedigend entgegenkamen:[1])

„Der Premierminister sagt mir, er habe die Abgeneigtheit des britischen Volkes betont, Verpflichtungen zu übernehmen, die es einem Kontinentalkrieg überliefern würden, aber er habe keine Erklärung des Inhaltes abgegeben, daß wir unter keinen Umständen die Verwendung britischer Truppen auf dem europäischen Festland zulassen würden . . .

Die ganze Sache läßt sich wirklich in einem Satz zusammenfassen: die hiesige öffentliche Meinung würde einen Krieg sehr ungern unternehmen, aber sie würde der Verwendung unserer Streitkräfte keine Schranken setzen, wenn wir in einen Krieg verwickelt wären, und unsere gesamten maritimen und militärischen Streitkräfte würden dann auf die Art verwendet werden, die am wirksamsten wäre . . . .

Wollen Sie bitte die erste Gelegenheit ergreifen, um Herrn Clemenceaus Eindruck richtig zu stellen . . . Ich habe dieses Schreiben dem Premierminister gezeigt, der dessen Richtigkeit bestätigt."

Dem Brief ist noch die Bemerkung von Grey beigefügt: „Dem Premierminister geschickt, der es mir in der Kabinettssitzung zurückgab, wobei er sagte, es sei ganz in Ordnung."

Ich habe diese Stelle so ausführlich zitiert, weil sie mir ein gutes Beispiel dafür zu sein scheint, wie Grey es verstand, Eingriffe in das Gebiet der Außenpolitik, die ihm nicht genehm waren, durch scheinbare Nachgiebigkeit so zu drehen, daß sie der von ihm verfolgten Politik doch wieder entsprachen, und wie er das Einverständnis Campbell-Bannermans gewann oder fast erzwang, indem er unter unbestimmten, nicht verpflichtenden Bemerkungen Feststellungen von bedeutender politischer Tragweite verbarg.

---

[1]) Britische Dokumente, VI, Nr. 10.

Wenn so Campbell-Bannerman gegenüber Grey meistens den kürzeren gezogen haben dürfte, so haben doch er, der König und Haldane einmal gegen die Wünsche des Foreign Office gehandelt, als dieses in letzter Minute den Besuch Haldanes in Berlin zurücknehmen wollte, und zwar wegen der französischen Befürchtungen, Haldane werde sich gezwungen sehen, an einer Sedanfeier teilzunehmen. Haldane fuhr — im Einverständnis mit König und Premierminister — trotzdem, und Spender bemerkt dazu:[1])

„So sehr er von ganzem Herzen die Entente mit Frankreich begünstigte, war Campbell-Bannerman doch ein Gegner jeder Auslegung derselben, die die englische Regierung gezwungen hätte, gegenüber Deutschland unhöflich zu sein."

Wenn am Anfang dieser Arbeit festgestellt wurde, daß der Premierminister (im Einverständnis mit dem Kabinett) verfassungsmäßig die eigentlich ausschlaggebende Stimme in allen wichtigen außenpolitischen Fragen hat, so muß man auf Grund der oben dargestellten Vorfälle diese konstitutionelle These wesentlich modifizieren und sagen, daß es im Falle Campbell-Bannerman durchaus der Außenminister Grey war, der die Richtung der Außenpolitik bestimmte und — zuweilen gegen einiges Widerstreben von seiten des Premierministers — durchführte. Auch dies scheint mir typisch englisch zu sein, daß der pazifistisch gesinnte Premierminister in Fragen der nationalen Selbsterhaltung nicht ungern dem mehr imperialistisch gesinnten Außenminister freie Hand ließ. Und so dürfte es mehr als eine parlamentarisch-parteipolitische Wendung gewesen sein, als Campbell-Bannerman kurz vor seinem Tode in einer Rede vom 22. Dezember 1907 sagte:[2])

„Foreign Affairs have never been managed with more conspicuous ability and success than by Sir Edward Grey."

— — —

Den Unterschied zwischen Campbell-Bannermans und Asquiths Haltung zum Außenminister schildert Churchill in seiner ganzen Paradoxie folgendermaßen:[3])

„Mr. Asquith mußte sich als Premierminister über den Parteien halten, aber sein Herz und seine Sympathien waren stets bei Sir E. Grey, dem Kriegsamt und der Admiralität, und bei jeder wichtigen Gelegenheit, wenn er gezwungen war, sich zu entscheiden,

[1]) Spender, Campbell-Bannerman, II, 162.
[2]) Spender, Campbell-Bannerman, II, 368 f.
[3]) Churchill, World Crisis, engl. Ausgabe S. 33, deutsche Ausgabe S. 26.

stellte er sich entschlossen auf ihre Seite. Er konnte jedoch Sir Edward Grey keinen gleich großen Einfluß einräumen, wie dies Sir Henry Campbell-Bannerman getan hatte, so gern er es auch gewollt hätte. Des alten Führers Wort war für seine Partei Gesetz. Man würde schließlich alles von ihm angenommen haben. Man war sicher, daß er in Dingen der auswärtigen Politik und der Landesverteidigung nicht mehr tun würde als durchaus notwendig war, und zwar unbeeinflußt von den Wünschen der Jingos. Asquith war jedoch in bezug auf den Burenkrieg beträchtlich von der Linie der Liberalen abgewichen, und er war sein Leben lang der Freund des Außenministers gewesen, der noch weiter vom engen Pfad abgewichen war in die Gefilde des Patriotismus.[1]) Er war daher bis zu einem gewissen Grad verdächtig und jeder Schritt, den er in auswärtigen Angelegenheiten unternahm, wurde mit strenggläubiger Wachsamkeit von den Senioren überwacht. Wenn Sir Henry Campbell-Bannerman nicht mit seiner Autorität hinter den militärischen Besprechungen mit Frankreich gestanden und sie mit seinem einwandfreien politischen Rufe gedeckt hätte, erscheint es mir zweifelhaft, ob sie unter Asquith hätten eingeleitet oder fortgesetzt werden können."

Der letzte Satz — wie so vieles bei Churchill — ist zwar in Einzelheiten insofern nicht richtig, als die Kabinettsmitglieder unter Campbell-Bannerman gar nicht in Kenntnis der Militärbesprechungen gesetzt, geschweige denn um ihre Meinung befragt worden waren, aber das Bild, das Churchill hier zeichnet, dürfte doch im ganzen gut getroffen sein.

Trotzdem somit die Unterstützung seitens des Premierministers Campbell-Bannerman für Grey sachlich manchmal mehr Gewicht haben mochte als die des Premierministers Asquith, kann man doch wohl mit Sicherheit behaupten, daß Grey den Wechsel als Erleichterung empfunden hat. Einerseits erlaubte es der Brauch, daß im englischen Kabinett bei Meinungsverschiedenheiten nicht

---

[1]) Der englische Text heißt hier: "Mr. Asquith, however, had been far from "sound" about the Boer War, and was the lifelong friend of the Foreign Secretary, who had wandered even further from the strict path into patriotic pastures." — Die deutsche Übersetzung von H. v. Schulz gibt den Sinn völlig falsch wieder, wenn es heißt: "Asquith war nicht einer von denjenigen, die nach dem Burenkrieg gerufen hatten, er war indessen sein Leben lang der Freund des Außenministers gewesen, der ebenfalls schwere Kämpfe mit sich selbst bestehen mußte, bevor er sich zum wahren Patriotismus durchgerungen hatte."

Ähnliche sinnstörende Übersetzungsfehler finden sich in der deutschen Ausgabe des Buches immer wieder.

abgestimmt wurde, sondern es dem Premierminister überlassen blieb, die Meinung seiner Kollegen zu sammeln und zu interpretieren[1]), dem geschickten Taktiker Asquith sicher in den meisten Fällen die Interpretation zugunsten des Außenministers zu gestalten. Und anderseits hatte Grey nun im Premierminister einen Freund, mit dem er in allen grundsätzlichen Fragen der Politik einig war, mit dem er offen besprechen konnte, was er Campbell-Bannerman mit Vorsicht beibringen mußte, und auf dessen Zustimmung er schon im voraus mit Sicherheit rechnen konnte.

Immer wieder findet man nach Campbell-Bannermans Abgang Äußerungen von Grey, daß er eine Sache mit dem Premierminister besprochen hat oder noch besprechen will.[2]) Und anderseits bespricht Asquith die außenpolitischen Teile seiner Reden vorher mit Grey; z. B. im November 1908 die Guildhall-Rede, bei der die Daily Telegraph-Affäre spielt[3]), und im März 1909 Asquiths Unterhausrede über die Zahlen und das Tempo im deutschen Flottenbau.[4])

Aus Asquiths nach dem Krieg geschriebenen Büchern geht klar hervor, daß er außenpolitisch eine durchaus festgelegte Meinung hatte: antideutsch, pro-Entente. Man könnte annehmen, daß sich diese Ansichten erst durch den Krieg herausgebildet hätten, doch liegen auch in den Britischen Dokumenten einige Äußerungen von ihm vor, die es wahrscheinlich machen, daß seine Ansichten sich im wesentlichen gleich geblieben sind. So schrieb er z. B. neben Goschens Bericht über Bethmann-Hollwegs Beteuerung, die deutsche Flotte sei nur zum Schutz des deutschen Handels und der deutschen Küsten gedacht:[5]) „Ein Haufen Dreadnoughts ist für den einen Zweck nutzlos und für den anderen unnötig." — Bei Gelegenheit von Schiemanns Vorschlag eines deutsch-englischen Bündnisses in der Kreuzzeitung, stimmt Asquith den Bemerkungen von Crowe, Langley, Hardinge und Grey zu, die in Greys Satz zusammengefaßt sind:[6])

„Wenn wir die anderen Mächte Deutschland preisgeben, werden wir schließlich angegriffen werden."

[1]) Asquith, Genesis of the World War, 4.
[2]) Siehe etwa Britische Dokumente, VI, Nr. 457.
[3]) Britische Dokumente, VI, Nr. 131.
[4]) Britische Dokumente, VI, Nr. 155, 156.
[5]) Britische Dokumente, VI, Nr. 200.
[6]) Britische Dokumente, VI, Nr. 169.

Auch scheint Asquith sich schon im Jahre 1912 darüber im klaren gewesen zu sein, daß die englisch-französische Flottenverschiebung trotz aller Festlegung auf ihren nicht-verpflichtenden Charakter doch den Franzosen das Recht gab, im Falle eines Angriffs auf ihre Nord- und Westküste auf englische Hilfe zu hoffen.[1])

Andrerseits war Asquith — ebenso wie Grey — durchaus abgeneigt, England durch irgendwelche Verpflichtungen zu binden und die englische Stellungnahme für den Fall eines Krieges vorher festzulegen. So war er etwa auch durchaus einverstanden mit einem Memorandum von Hardinge über die Frage, ob man Rußland für einen Kriegsfall bewaffneten Beistand versprechen sollte, eine Frage, die Hardinge negativ beantwortete.[2])

Man sieht also, daß Asquith und Grey in bezug auf die Führung der Außenpolitik durchaus übereinstimmten. Und so konnte es nicht fehlen, daß die beiden sich manchmal entgegen den Ansichten des Kabinetts einig waren. Ein Beispiel dafür ist die Dardanellenfrage. Darüber berichtet Hardinge an Nicolson am 13. Oktober 1908:[3])

„Als ihnen (d. h. dem Kabinett) Grey die Meerengenfrage vorlegte, widersetzte sich das übrige Kabinett aufs entschiedenste der Annahme, trotzdem er und der Premierminister für dieselbe waren, und erklärte, das Land würde nichts verstehen, was nicht irgend eine Art Reziprozität in sich schlösse."

Auf diese Ablehnung hin schlug Iswolsky vor, daß im Kriegsfall auch die Schiffe der übrigen kriegführenden Nationen das Durchfahrtrecht bekommen sollten. Auf dieser Basis wurde die Sache vom Kabinett angenommen, obwohl — wie Hardinge in demselben Brief an Nicolson schreibt — dieses Zugeständnis für England keinerlei strategischen Wert hatte und nur eine „Schaufensterware" für die Öffentlichkeit bedeutete. Dies ist wieder ein Beispiel dafür, wie Grey — diesmal im Einverständnis mit dem Premierminister — durch unwichtige Abänderungen es fertig brachte, seine Absichten durchzusetzen.

Andere Fälle, in denen Asquith und Grey eine andere Meinung hatten als das Kabinett, waren etwa: der Abbruch der englisch-deutschen Verhandlungen im Frühjahr 1912, den der Außenminister und der Premierminister mit Rücksicht auf Frankreich

[1]) Asquith, Genesis, 82 f.
[2]) Britische Dokumente, V, S. 823 ff, Appendix III.
[3]) Britische Dokumente, V, Nr. 372.

wünschten;[1]) und die Frage der französischen Küstenverteidigung durch England am 1. August 1914.[2]) In diesen letzten Vorkriegstagen identifiziert sich Asquith so stark mit der Haltung seines Außenministers, daß er am 1. August 1914 in sein Tagebuch schreibt: „Natürlich, wenn Grey abgehen sollte, würde ich auch gehen, und die ganze Geschichte würde auseinanderbrechen."[3])

Bemerkenswert ist vielleicht noch, daß Grey in den Verhandlungen mit anderen Nationen die Person des Premierministers öfters als Vorwand benutzt, um eine Frage nicht beantworten zu müssen oder wenigstens die Beantwortung hinauszuschieben. So sagte er z. B. im März 1907 über die Dardanellenfrage (deren positive Beantwortung ihm damals, vor Abschluß der englisch-russischen Konvention, noch nicht gelegen war) zu Benckendorff:[4])

„Ich hatte indessen das Gefühl, daß es schwierig für uns wäre, irgend etwas bezüglich der Meerengen in die Form einer Verpflichtung zu kleiden, und ich müsse mit dem Premierminister sprechen, ehe ich etwas ganz Bestimmtes sagen könne."

Und nachdem er im August 1909 die Bethmannschen Verständigungsvorschläge erhalten hatte, schrieb er am 23. August an Goschen, der Ministerpräsident sei verreist und er könne nichts Weiteres sagen, bis er sich mit ihm beraten habe. Dabei geht aus den Britischen Dokumenten hervor, daß Grey die Kopien der deutschen Anträge schon am 22. August an Asquith geschickt hatte.[5]) Etwas Ähnliches ereignete sich bei den Bethmannschen Vorschlägen im Frühjahr 1910, als Grey an Goschen schrieb:[6])

„Ich habe den Premierminister drei Wochen lang nicht gesehen, aber selbst wenn ich ihn gesehen hätte, so bin ich doch sicher, daß er in den letzten Wochen der soeben abgeschlossenen Sitzungsperiode viel zu sehr beschäftigt war, als daß er sich mit Bethmann-Hollwegs Vorschlägen hätte befassen können."

So verschieden auch die Beziehungen Grey-Campbell-Bannerman und Grey-Asquith gewesen sein mögen, so kann man doch von beiden sagen: Grey konnte — was den Premierminister anbetraf — außenpolitisch fast durchaus tun, was er wollte; im Falle Asquith mit vollem bewußtem Einverständnis des Premier-

[1]) Britische Dokumente, VI, Nr. 57 b, Brief von Asquith an Grey.
[2]) Britische Dokumente, XI, Nr. 424, Bemerkung von Grey.
[3]) Asquith, Memories, II, 11.
[4]) Britische Dokumente, IV, Nr. 257.
[5]) Britische Dokumente, VI, Nr. 187 und Nr. 188.
[6]) Britische Dokumente, VI, Nr. 361.

ministers, im Falle Campbell-Bannerman manchmal mit einigen Schwierigkeiten und Modifikationen. In beiden Fällen war er jedoch durch die Zustimmung des Premierministers in strittigen Fragen gegenüber der Möglichkeit einer Kritik seitens des Kabinetts gedeckt.

3. Das Kabinett und die Außenpolitik

In den Britischen Dokumenten sind einige Schriftstücke enthalten, die es wahrscheinlich machen, daß sich das konservative Kabinett unter Balfour intensiver mit den Fragen der Außenpolitik beschäftigt hat als das liberale und daß damals die Kabinettsmeinung von seiten des Foreign Office öfters befragt wurde als unter Grey. So behandelt ein Memorandum[1]) ausführlich die verschiedenen Meinungen, die zur Frage der Dardanellendurchfahrt zweier russischer Schiffe im Herbst 1904 vom Kabinett geäußert wurden, sowie die endgültige Stellungnahme desselben. In einem anderen Fall ließ Lansdowne den Entwurf zum englisch-japanischen Abkommen unter den Kabinettsmitgliedern zirkulieren mit der Bitte um etwaige Bemerkungen.[2]) Und sechs Tage später wird der Entwurf nochmals zirkuliert mit folgender Bemerkung von Lansdowne:[3]) „Ich setze eine neue Revision des Entwurfs in Umlauf, worin ich Vorschläge zu verwerten gesucht habe, die von mehreren meiner Kollegen gemacht wurden," woraus man ersehen kann, daß die Anregungen der einzelnen Kabinettsmitglieder wirklich befolgt wurden.

Etwas ähnliches ist für die Zeit des liberalen Kabinetts nicht zu finden. Das mag damit zusammenhängen, daß — wie Asquith sagt[4]) — die Minister im allgemeinen anderweitig zu sehr in Anspruch genommen waren, um die Außenpolitik eingehend verfolgen zu können.

Andererseits schreibt Asquith jedoch[5]), alle wichtigen Fragen der Außenpolitik seien vor dem Kabinett verhandelt worden. Diese letztere Behauptung stimmt sicherlich nicht. Vor allem zu Beginn von Greys Tätigkeit kann man verzeichnen, daß er das Mitbestimmungsrecht des Kabinetts in entscheidenden Fragen ausgeschaltet hat, während er in späteren Jahren alle wichtigen

[1]) Britische Dokumente, IV, Nr. 50.
[2]) Britische Dokumente, IV, Nr. 121.
[3]) Britische Dokumente, IV, Nr. 125.
[4]) Asquith, Genesis, 4.
[5]) Asquith, Genesis, 2.

Fragen vorlegte. Dies mag darauf zurückzuführen sein, daß er sich in jener ersten Zeit — unter Campbell-Bannermans Führung — der vereinten Macht von Kabinettsmajorität und Premierminister gegenüber nicht sicher genug fühlte, um seine Ansichten durchzusetzen, und daß erst die sichere Unterstützung Asquiths ihm erlaubte, mit allen Fragen offen vor das Kabinett zu treten. Es mag aber auch sein, daß er selbst auf die Dauer die Unhaltbarkeit eines Zustandes erkannte, der die Regierungsmitglieder in Unkenntnis wichtiger Regierungsmaßnahmen beließ und daß seine wachsende politische Reife und Erfahrung ihn dazu brachten, auch in strittigen Fragen die Entscheidung des Kabinetts zu verlangen. Möglicherweise haben auch beide Motive zusammengewirkt und dazu noch ein drittes: die zunehmende Sicherheit von Grey selbst in der ganzen Materie der Außenpolitik wird sein Selbstvertrauen ebenso wie das Vertrauen seiner Kollegen gesteigert und ihm somit die Möglichkeit gegeben haben, in einer Diskussion in größerem Kreis die Entscheidung in seinem Sinn zu beeinflussen.

Die Ausschaltung des Kabinetts begann gleich in den ersten Tagen der neuen Regierung. Am 13. Januar 1906 schrieb Bertie einen Brief mit folgenden Sätzen:[1])

„Ich halte es für meine Pflicht, Seiner Majestät Regierung warnend darauf hinzuweisen, daß, wenn die auf die Anfragen des französischen Botschafters zu erteilende Antwort Frankreich nichts weiter als eine Fortdauer der diplomatischen Unterstützung oder die Neutralität für den Fall eines von Deutschland provozierten Krieges zusichert, die ernste Gefahr eines vollständigen Umschwungs der Stimmung auf seiten der französischen Regierung und öffentlichen Meinung Frankreichs besteht. Die Regierung würde der Auffassung sein, daß man sie im Stich gelassen habe und könnte es, um das Wagnis eines Krieges ohne Verbündeten zu vermeiden, für ratsam halten, Deutschland große Zugeständnisse außerhalb Marokkos zu machen, um in diesem Lande Handlungsfreiheit zu erlangen.

Diese Zugeständnisse wären vielleicht keine sehr großen Opfer für Frankreich, aber sie könnten leicht sehr nachteilig für die Interessen des britischen Reiches sein, denn in der Stimmung, in der Frankreich sich dann befände, ließe sich nicht erwarten, daß es viel Rücksicht hierauf nehmen würde."

[1]) Britische Dokumente, III, Nr. 213.

Man sieht, es handelt sich um Fragen von größter Tragweite für England, die sogar — was im Verkehr zwischen Botschafter und Außenminister äußerst selten ist — mit einer direkt an die Regierung gerichteten Warnung von seiten des Botschafters verknüpft sind. Zu diesem Bericht liegen folgende Bemerkungen vor: Erstens der Unterstaatssekretär Sanderson an Grey:

„Dieser Bericht ist ausersehen, nur an den König und den Premierminister zu gelangen. Sie werden vielleicht wünschen, daß er mit Ihrem Erlaß Nr. 22, sehr vertraulich, gedruckt und an die Kabinettsmitglieder gesandt werde, wenn sie Ende nächster Woche in die Stadt zurückkehren."

Darauf antwortet Grey:

„An das Kabinett soll nichts gehen, bis ich den Premierminister gesprochen habe, was hoffentlich nächste Woche der Fall sein wird. Dieser Bericht und meine Nr. 22 sollen an Lord Ripon (der in London ist und den ich am Montag zu sehen hoffe) sowie an den Premierminister gehen.

Sie sollen natürlich zu den Schriftstücken gelegt werden (worüber der Privatsekretär Weisungen hat), die bereitzuhalten sind und schließlich als Ganzes vom Kabinett erwogen werden sollen."

Am 21. Januar schrieb Campbell-Bannerman an Grey:[1])

„Wann hätten Sie gerne eine Kabinettssitzung? Ginge der 30., 31. oder 1.? Wünschen Sie, daß die Antwort an Frankreich vom Kabinett bestätigt wird, bevor sie abgegeben wird?"

Die englische Antwort an Cambon wurde am 31. Januar abgegeben; es wäre also, nach Campbell-Bannermans Vorschlag, trotz der in Gang befindlichen Wahlkampagne, am 30. Januar noch die Möglichkeit gewesen, die Meinung der Kabinettsmitglieder über die Angelegenheit zu hören. Grey hat diese Gelegenheit nicht ergriffen. Er selbst wirft die Frage in seinen Erinnerungen auf, zitiert den Brief von Campbell-Bannerman bezüglich der Kabinettssitzung und begründet seine Haltung folgendermaßen:[2])

„Ich habe keine Erinnerung daran und es findet sich keine Abschrift meiner Antwort auf diese Frage (nämlich die Anfrage von Campbell-Bannerman). Meine Antwort wäre jetzt, daß ich eine Kabinettssitzung hätte verlangen sollen; in späteren Jahren und mit mehr Erfahrung glaube ich, daß eine Sitzung hätte statt-

[1]) Spender, Campbell-Bannerman, II, 253.
[2]) Grey, Twenty-five Years, I, 86 ff.

finden sollen und ich kann nur schätzungsweise angeben, warum keine stattfand. Die Antwort, die Cambon bekommen sollte, verpflichtete uns zu keiner Verbindlichkeit über die diplomatische Unterstützung hinaus, zu dem uns das englisch-französische Abkommen öffentlich verpflichtete. Das früheste Datum, das vorgeschlagen wurde, war der 30. Januar; vermutlich war kein früheres Datum möglich .... Die Franzosen hatten schon lange genug auf eine Antwort warten müssen. Es muß auch beachtet werden, daß weder Campbell-Bannerman noch Ripon, die beiden, die am meisten Erfahrung der Kabinettspraxis hatten, nachdem sie den ausführlichen Bericht meines Gesprächs mit Cambon vor sich hatten, anregten, daß ein Kabinett abgehalten werden solle. Wir übrigen waren, mit Ausnahme von Asquith, vorher noch nie in einem Kabinett gewesen. Daß Campbell-Bannerman das Protokoll über das Gespräch mit Cambon eingesehen hat, ergibt sich aus dem Brief des ersteren an Ripon am 2. Februar, der schon erwähnt wurde. Die Frage, ob die Angelegenheit vor das Kabinett hätte kommen müssen, nachdem die Antwort gegeben worden war, wird später behandelt werden."

Die Lücken in dieser Begründung sind klar: Zwar sollte der Franzose so bald wie möglich eine Antwort haben, aber das Datum der Antwortgebung war doch erst ein Tag, nachdem eine Kabinettssitzung hätte einberufen werden können. Und es handelte sich nicht darum, daß Campbell-Bannerman und Ripon das Protokoll der schon stattgehabten Unterredung einsahen, sondern daß der Inhalt der Unterredung vorher vom Kabinett gebilligt würde.

Über die Militärbesprechungen, die in demselben Gespräch mit Cambon (vom 31. Januar) endgültig festgesetzt wurden, schreibt Grey:[1])

„Die Agadir-Affäre hatte somit die Militärbesprechungen in den Vordergrund gerückt. Sie müssen mehreren Kabinettsmitgliedern bekannt gewesen sein aus den Besprechungen im „Committee of Imperial Defence", und im Jahr 1912 wurde die Tatsache, daß sie stattgefunden hatten, noch weiteren Kabinettsmitgliedern bekannt. Diejenigen Minister, die darüber nicht direkt informiert worden waren, hatten ein Recht, genau zu wissen, wie wir zu Frankreich standen. Es bestand Widerstreben dagegen, die ganze Sache vor dem Kabinett besprochen zu sehen.

[1]) Grey, Twenty-five Years, I, 96 f.

Die einzige Schwierigkeit bestand darin, daß die Sache schon so lange gelaufen war, ohne daß das Kabinett in seiner Allgemeinheit davon in Kenntnis gesetzt worden war. Minister, die nun zum ersten Mal von diesen Militärbesprechungen hörten, hatten den Verdacht, daß etwas zu verbergen war. Wenn die Besprechungen wirklich, wie ich behauptete, das Land zu nichts verpflichteten, warum war ihre Kenntnisnahme dann so lange verhindert worden? Es wurde verlangt, daß die Tatsache, daß die Militärbesprechungen nicht verpflichtend waren, schriftlich niedergelegt werde. Ich hatte den Eindruck, daß einige Minister, die nicht Mitglieder des „Committee of Imperial Defence" gewesen waren, dem gegenüber einiges Widerstreben erwarteten, und daß sie es verdächtig überraschend fanden, als Asquith und ich diesem Vorschlag sofort zustimmten."

Hier kommt das latente Mißtrauen des Kabinetts gegen Grey und Asquith einmal deutlich zum Ausdruck. Es mag noch erwähnt werden, daß aus einem Brief von dem damaligen Sekretär des Committee of Imperial Defence[1]) glaubhaft hervorgeht, daß die Mitgliedschaft des C. I. D. eine Kenntnis der Militärbesprechungen nicht ohne weiteres mit sich brachte, eine Aussage, die auch geeignet ist, die (von anderer Seite bestrittene) Behauptung Morleys, er habe nichts von den Militärbesprechungen gewußt, zu stützen.

Diese ganze Episode ist geeignet, den Eindruck zu erwecken, als habe Grey absichtlich seine Kollegen hintergangen, um eine Politik durchzuführen, die denselben nicht genehm gewesen wäre. Einen solchen Eindruck hielte ich jedoch für durchaus falsch. Wenn man von den Militärbesprechungen absieht (eine Frage, die später noch einmal behandelt wird), so bietet der Inhalt des Gesprächs mit Cambon vom 31. Januar 1906 nichts, was dem strengsten Blick eines pazifistischen Liberalen hätte tadelnswert erscheinen können. Im Gegenteil: Grey ist so vorsichtig und zurückhaltend, so darauf bedacht, nicht die Grenzen dessen zu überschreiten, was die „public opinion" erlauben würde, daß kaum einer seiner Kollegen ihn hätte übertreffen können.

Seine Geheimhaltung dieser Dinge scheint mir also auch wieder einer übertriebenen Vorsicht zu entspringen, der Vorsicht und dem Wunsch, die sein ganzes politisches Handeln grundlegend bestimmen: sich nach keiner Seite und in keiner Weise zu binden

[1]) Britische Dokumente, III, Nr. 221.

und zu verpflichten; immer freie Hand zu behalten; nichts gesagt oder versprochen zu haben, auf das man ihn später festnageln könnte.[1])

— — —

Nachdem dieser erste Fall der Kabinettsausschaltung so ausführlich behandelt wurde, genügt es, eine kurze Aufzählung der weiteren zu geben, um zu zeigen, welche Materien Grey vor dem Kabinett zurückhielt. Am 10. Juli 1907 teilt Hardinge Nicolson mit, daß — um Zeit zu gewinnen — die Verhandlungen mit Rußland (über Persien) nur dem Premier-Minister, dem India Office und Ripon mitgeteilt werden.[2]) Am 4. Juli 1907 findet Grey es unnötig, die Frage wegen der Erwähnung des Persischen Golfs dem Kabinett zu unterbreiten, wenn der Premierminister, Ripon und Morley einverstanden sind (siehe oben Seite 30). Im Dezember 1910 kommt die Frage des Austauschs mariner Informationen mit Deutschland nicht vor das Kabinett.[3]) Im April 1911 wirft Foch die Frage einer Militärkonvention zwischen England und Frankreich auf. Nicolson schreibt dazu:[4]) „Das ist eine Frage von zu großer Tragweite, als daß sie in Vermerken erörtert werden könnte. Sollte sie nicht dem Kabinettsausschuß vorgelegt werden?" Darauf antwortet Grey: „In erster Instanz an den Premierminister, Lord Morley und Lord Haldane." Und es folgt noch die Bemerkung von Greys Privatsekretär, Sir W. Tyrrell: „Sir E. Grey meint, daß dieser Umlauf genügt." — Im April 1912 erfolgt ein neuer Vorstoß von Frankreich für Verstärkung der Entente; in Greys Abwesenheit findet ein Gespräch zwischen Cambon und Nicolson statt und Nicolson schreibt darüber an Morley (welcher Grey vertritt): „Wenn ich etwas bemerken darf, so glaube ich nicht, daß es weiter gehen sollte als an den Premierminister." Worauf Morley schreibt: „Dem Premierminister" und Asquith sein Einverständnis mit Nicolsons Haltung bezeugt.[5])

---

[1]) Es muß hier noch erwähnt werden, daß am 2. Februar 1906, also zwei Tage nach der Besprechung mit Cambon, Lady Grey ganz plötzlich starb und Grey einige Zeit von London abwesend war. Auch dieser Umstand mag dazu beigetragen haben, daß diese ganzen Verhandlungen in Vergessenheit zurücksanken, statt wenigstens nachträglich dem Kabinett vorgelegt zu werden.

[2]) Britische Dokumente, IV, Nr. 274.

[3]) Britische Dokumente, VI, Nr. 424.

[4]) Britische Dokumente, VI, Nr. 460.

[5]) Britische Dokumente, VI, Nr. 577.

Unter fünf Malen (die in den bisher vorliegenden Bänden der Britischen Dokumente zu finden sind), waren es also noch zweimal Fragen der Bündnispolitik mit Frankreich, die nicht vor das Kabinett kamen, und wohl auch (siehe Greys eigene Aussage) nach der ersten Unterschlagung der Frage ohne schwierige Erklärungen nicht leicht vor das Kabinett gebracht werden konnten. Von den übrigen drei Fällen ist der Fall der russisch-englischen Verhandlungen verhältnismäßig unwichtig, da mehr technischer Natur; die Frage der englischen Interessen am Persischen Golf wurde zwar zuerst dem Kabinett vorenthalten, kam aber nachher doch zu seiner Beurteilung, als die geplante Unterhausaussage von Gey über diese Angelegenheit dem Kabinett vorgelegt wurde; und die Frage der Marinebesprechungen mit Deutschland war insofern nicht so wichtig, als sie als Teilfrage bei den vom Kabinett gewünschten Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und England gelten konnte.

Diesen verhältnismäßig vereinzelten Fällen stehen alle diejenigen gegenüber, in denen das Kabinett in Kenntnis gesetzt oder um seine Meinung befragt wurde. Ich nenne einige Fragen: Greys geplante Erklärung im Unterhaus über den Persischen Golf wurde dem Kabinett unterbreitet;[1]) Grey will die Note an die Mächte über die mazedonische Frage im Kabinett vorlegen;[2]) Hardinges Memorandum über sein Gespräch mit Bülow wird mit einigen Auslassungen dem Kabinett vorgelegt;[3]) die Papiere zur Bagdadbahnfrage machen bei dem Kabinett die Runde.[4])

In manchen Fällen wird die ausdrückliche Billigung des Kabinetts eingefordert und auch erteilt. So gibt das Kabinett bei Iswolskys Besuch in London zuerst nur seine Zustimmung zum russischen Konferenzprogramm und ist gegen die Öffnung der Dardanellen.[5]) So billigt es die Antwort an Bethmann-Hollweg vom 8. März 1911,[6]) und erklärt im vornherein sein Einverständnis zu einer Besprechung von Grey und Haldane mit Metternich über

[1]) Britische Dokumente, IV, Nr. 444.

[2]) Britische Dokumente, V, Nr. 184.

[3]) Britische Dokumente, V, Ed. Note, Memorandum von Hardinge. engl. Ausgabe, 608 f, deutsche Ausgabe, 1025 ff.

[4]) Britische Dokumente, VI, Nr. 237.

[5]) Britische Dokumente, V, Nr. 364.

[6]) Britische Dokumente, VI, Nr. 444.

die Haldane-Mission.[1]) Im März 1912 beschließt es über die politische Formel, die Deutschland vorgeschlagen wird[2]) und im Jahre 1911 nimmt es Stellung zur Agadirkrise.[3])

Dies ist also der ordentliche und verfassungsmäßig richtige Geschäftsgang zwischen Außenministerium und der Gesamtregierung. Ebenso außergewöhnlich wie Greys Ausschaltung des Kabinetts in der Frage über den Grad der englisch-französischen Freundschaft ist jedoch andererseits die Tatsache, daß einmal das Kabinett die Initiative ergreift und Grey eine Politik aufzwingt, die er aus freien Stücken sicher nicht verfolgt hätte.

Es geschieht dies in der von Deutschland aufgeworfenen Frage einer englisch-deutschen Verständigung, die Grey dilatorisch behandelt hatte, mit dem Hinweis auf die bevorstehenden englischen Wahlen und die Unmöglichkeit, für die englische Regierung eine Antwort zu geben, solange sie nicht wisse, ob sie nach den Wahlen wieder zurückkehren werde. Damit war die Antwort auf die lange Bank geschoben worden, mit der im Foreign Office ausgesprochenen Absicht,[4]) sich zu der Frage überhaupt nicht mehr zu äußern. Plötzlich verlangten jedoch die deutsch-freundlichen Mitglieder im Kabinett, daß eine Verständigung mit Deutschland herbeigeführt werde. Goschen schrieb auf die erste diesbezügliche Weisung hin:[5])

„Ich wollte jetzt, ich hätte es nicht ganz so klar gemacht, daß eine Flottenverständigung auf der Grundlage der Ausführung ihres Flottengesetzes in seinem ganzen Umfang die britische öffentliche Meinung nicht zufrieden stellen würde."

Wie schnell sich Grey der neuen Situation anpaßte, ersieht man aus seiner Antwort auf diesen Brief:[6])

„Es war auch meine Ansicht, daß nichts, was nicht das Flottengesetz in Deutschland modifizierte, der öffentlichen Meinung hier viel Wert erscheinen würde, aber das Kabinett meinte, es wäre besser als nichts, und dieser Ansicht pflichte ich bei, besonders wenn es mit einem Nachrichtenaustausch verbunden wird, dem ich immer Bedeutung beigemessen habe."

---

[1]) Britische Dokumente, VI, Nr. 535.
[2]) Britische Dokumente, VI, Nr. 537.
[3]) Asquith, Genesis, 92 f.
[4]) Britische Dokumente, VI, Minutes von Hardinge, zu Nr. 343 und 844; ferner Nr. 351 und 352.
[5]) Britische Dokumente, VI, Nr. 391.
[6]) Britische Dokumente, VI, Nr. 392.

Von den verständigungsfreudigen Kabinettsmitgliedern schreibt Nicolson in einem Privatbrief an Goschen:[1])

„Ich fürchte, daß es im Kabinett verschiedene Mitglieder gibt, die mit Deutschland beinahe um jeden Preis zu einer — wie sie es nennen — „freundschaftlichen Verständigung" zu kommen wünschen, und es gibt ohne Zweifel Gruppen in der radikalen Partei, die in diesem Punkt noch nachdrücklicher sind."

Zur Behandlung dieser englisch-deutschen Verhandlungen wurde ein „Cabinet Committee" gebildet, das folgende Mitglieder hatte: Asquith, Grey, Lloyd George, Morley, Crewe und Runciman. Unter diesen war Lloyd George die treibende Kraft für die Verständigung; auf seiner Seite standen Crewe und Runciman; auf der Gegenseite Grey und Asquith, während Morley vermittelnd zwischen beiden Gruppen gestanden haben dürfte. Über die Verhältnisse in diesem Ausschuß schreibt Nicolson:[2])

„Ich habe ein oder zwei überarbeitete Entwürfe der Weisungen gesehen, die Goschen schließlich über den Gegenstand geschickt werden sollen. Es scheint mir nicht,[3]) daß die Ansichten des Ausschusses völlig übereinstimmen, und es scheint eine Neigung zu bestehen, der Auffassung der deutschen Regierung beizutreten, daß ein politisches Übereinkommen die wichtigere der beiden Fragen ist. Ich verfolge die Abfassung der Weisungen mit sehr wachsamem Auge und schärfe Grey beständig ein, daß es unbedingt notwendig ist, uns nicht zu weit von unserem ursprünglichen Standpunkt zu entfernen, der dahin ging, daß eine Einschränkung der Rüstungen auf jeden Fall ein vitaler Punkt sei, selbst wenn sie der Frage eines politischen Abkommens nicht vorausginge."

Von Grey sagte Nicolson in demselben Brief: „Grey ist durchaus fest (sound) in der ganzen Sache."

Dieser letzte Satz weist darauf hin, daß Grey, nach seiner ersten Einwilligung in die Aufnahme der Verhandlungen, dauernd bestrebt war, dieselben nicht über das hinausgehen zu lassen, was im Foreign Office für möglich gehalten wurde.

Vor das Cabinet Committee, das — wie man sieht — in sich die widerstreitenden Meinungen des Gesamtkabinetts widerspiegelt, kamen nur die Frage der Rüstungsbeschränkungen,[4]) die deutsche

[1]) Britische Dokumente, VI, Nr. 440.

[2]) Britische Dokumente, VI, Nr. 440.

[3]) In der deutschen Übersetzung: „Ich ersehe nicht . . .". Meine etwas freiere Übersetzung dürfte dem Sinn näherkommen.

[4]) Britische Dokumente, VI, Nr. 434.

Antwort vom 10. Mai 1911[1]) und ähnliche Fragen. Die Antworten der englischen Regierung an Deutschland wurden dagegen vom Gesamtkabinett gebilligt. Die Verhandlungen zogen sich in die Länge, da die deutsch-freundlichen Mitglieder des Kabinetts immer noch auf eine Einigung hofften. Schließlich war man sich im Foreign Office darüber im klaren, daß es nun genug sei und Grey ließ für das Cabinet Committee ein Memorandum schreiben,[2]) in dem die Geschichte der Verhandlungen in einer Weise dargestellt war, die deutlich machen sollte, daß Deutschland die englische Nachgiebigkeit dazu benutzt hatte, um immer mehr zu fordern und immer weniger zuzugestehen. — Ein deutsches Memorandum vom 1. Juli 1911 blieb ohne englische Antwort, teils wegen der Agadirkrise, teils wegen der englischen Wahlen, hauptsächlich aber wohl, weil das Foreign Office diese Verhandlungen ungern weiter verfolgen wollte. Nachdem sich die Erregung der Gemüter über Agadir gelegt hatte, waren es wieder die deutschfreundlichen Elemente im Kabinett, mit Lloyd George an der Spitze, die fanden, Deutschland sei zu schroff behandelt worden und müsse nun versöhnt werden. Im Dezember 1911 ergab sich denn auch eine Wiederanknüpfung der Verhandlungen durch ein Gespräch von Metternich mit Grey, welches Grey der „special attention" des Kabinetts empfiehlt,[3]) und im Januar 1912 beginnen die Verhandlungen, die die Haldane-Mission zur Folge haben. Bezüglich der Haldane-Mission ist in diesem Zusammenhang nur folgende Frage aufzuwerfen: Entsprach Haldane mit den Zugeständnissen, die er in Berlin zweifellos machte, den Wünschen und Aufträgen des Kabinetts oder ging er aus eigener Initiative weiter als es nicht nur das Foreign Office, sondern auch das Kabinett gewünscht hätte. Diese sehr wichtige Frage scheint mir bei dem jetzigen Stand unserer Kenntnisse nicht zu beantworten zu sein. Sicher ist nur das: auf Betreiben des Foreign Office weicht England immer mehr von dem Haldaneschen Standpunkt zurück und der Wunsch der deutsch-freundlichen Elemente im Kabinett, von denen Nicolson im April 1912 sagt, „sie würden alles tun, um das sogenannte Wohlwollen Deutschlands zu erlangen"[4]), bleibt unerfüllt; die erhoffte Verständigung kommt nicht zustande.[5])

[1]) Britische Dokumente, VI, Nr. 464.

[2]) Britische Dokumente, VI, Anmerkungen von Nicolson und Grey zu Nr. 464 und Nr. 468.

[3]) Britische Dokumente, VI, Nr. 480. Minute von Grey.

[4]) Britische Dokumente, VI, Nr. 562.

[5]) Siehe dazu auch mein Kapitel: Die Haldane-Mission.

Hier wurden zwei Reihen von Fällen behandelt, die dem verfassungsmäßigen Verhältnis zwischen Foreign Office und Kabinett nicht ganz entsprechen. Die eine, die Ausschaltung des Kabinetts durch Grey, ist verknüpft mit der Gestaltung der englisch-französischen Freundschaft; die andere, die eigenmächtige Initiative des Kabinetts, die dem Außenminister eine bestimmte Politik aufzwingt, hat eine Besserung des Verhältnisses England-Deutschland zum Ziel. Das Merkwürdige an diesen Begebenheiten scheint mir zu sein, daß in dem Verhältnis England-Frankreich nichts geschieht, was das Kabinett nicht gebilligt hätte (mit Ausnahme der Militärbesprechungen, die — wie ich später zeigen werde — eine Sonderstellung einnehmen), und daß andererseits die Beziehungen zu Deutschland — trotz der Kabinetts-Initiative — nicht über das hinausgehen, was von Anfang an im Sinne der Greyschen Politik lag. Man kann also sagen: der Außenminister nimmt die Entscheidung in die eigene Hand, nur um das auszuführen, was das Kabinett auch entschieden hätte; und andererseits: das Kabinett greift ein und bringt nichts anderes zuwege, als was ohne dieses Eingreifen so wie so geschehen wäre. Man sieht also eine Art Neutralisierung der Initiative sowohl des Kabinetts wie des Außenministers.

In diesem Zusammenhang scheint mir Churchills Charakteristik von Greys Taktik in den Kabinettssitzungen von Interesse zu sein. Er sagt:[1])

„Ich glaube, seine Art zu diskutieren und Streitfragen zu behandeln, verstehen gelernt zu haben, und darf vielleicht, ohne ihm zu nahe zu treten, einiges hierüber mitteilen. Nach gründlicher Durcharbeitung und Überlegung pflegte der Außenminister einen oder zwei Punkte einer wichtigen Streitfrage herauszugreifen, die er mit allen Mitteln hartnäckig verteidigte. Sie waren seine befestigten Plätze. Um sie herum wogte der Kampf in offener Feldschlacht. Waren sie bei Einbruch der Dunkelheit noch in seinem Besitz, so hatte er die Schlacht gewonnen. Alle anderen Beweisgründe hatten sich totgelaufen und nur diese Schlüsselstellungen hielten sich noch. Die Punkte, die er immer und immer wieder wählte, erwiesen sich als uneinnehmbar. Sie waren in vortrefflicher Weise zur Verteidigung ausgebaut und empfahlen

[1]) Churchill, World Crisis, S. 200 f; deutsche Ausgabe S. 149. Auch hier habe ich wieder die Übersetzung von Schulz abgeändert, wo ich sie für verbesserungsfähig hielt.

sich vernünftigen und gerecht gesinnten Männern. Die Gefühle des patriotischen Whig, des englischen Gentleman, des Public-School-Buben, wurden alle für ihre Verteidigung eingesetzt; und wenn sie gehalten wurden, dann hielt die ganze Front, einschließlich höchst strittigen Grund und Bodens."

Die Vorgänge im Kabinett während der letzten Woche vor Kriegsausbruch sind so bekannt, daß ich sie nicht eingehend behandeln muß. Wieder zeigt sich einerseits, daß Grey Maßnahmen mit dem Prime Minister entscheidet, bevor er sie dem Kabinett mitteilt (Schutz der französischen Küste durch England: am 1. August mit dem Premierminister beschlossen, am 2. August dem Kabinett vorgelegt), und andererseits, daß er trotz des Drängens von seiten der Foreign-Office-Beamten und Cambons keinen Schritt weiter geht, als das Kabinett ihm erlauben würde.

— — —

Vergleicht man die Ergebnisse der letzten beiden Kapitel mit dem Inhalt des vorliegenden, so sieht man, daß hier die erste wirkliche Beschränkung von Greys Handlungsfreiheit zu verzeichnen ist. Der König hatte weder verfassungsmäßig die Befugnis noch auch die Persönlichkeit, um andere Wege zu verfolgen als der Außenminister. Der Premierminister hätte zwar verfassungsmäßig nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht gehabt, die letzten außenpolitischen Entscheidungen zu treffen, aber sowohl Campbell-Bannerman als auch Asquith überließen Grey — wenn auch aus ganz entgegengesetzten Gründen — die fast ausschließliche Führung der Außenpolitik. Im Kabinett jedoch begegnet er von vornherein einer Welle des Mißtrauens unter den radikal gesinnten Elementen; er versucht dem auszuweichen, indem er Entscheidungen, die gegen ihn ausgelegt werden können, verschweigt, ist aber doch vom Bewußtsein dieser mehr oder weniger latenten Kritik so gehemmt, daß er nichts zu unternehmen wagt, was nicht vom Kabinett hätte gebilligt werden können. Die Politik des Verschweigens erweist sich als zu gefährlich; mit der Zeit wird von beiden Seiten mit offenen Karten gespielt, wobei zwei Hauptgegensätze zu verzeichnen sind: die Kabinettsmajorität ist gegen die Bindung an Frankreich und für ein freundschaftliches Verhältnis mit Deutschland. Dagegen Grey will einerseits die Ententepolitik weiterführen, und möglicherweise hätte er dieselbe noch fester ausgebaut, wenn er ganz frei hätte handeln können, und andererseits ist Grey gegen jede Bindung an Deutschland.

Am Ende dieses achtjährigen Kampfes sind die Positionen fast dieselben wie am Anfang; was das Kabinett betrifft, sind sie vielleicht sogar genau dieselben wie am Anfang: denn formell ist England ebenso wie im Jahre 1905 gegenüber Frankreich nur zu diplomatischer Unterstützung verpflichtet; gegenüber Deutschland ist keine offizielle Änderung der Politik eingetreten. Daß tatsächlich die Dinge anders lagen, ist ein Beweis dafür, daß das Mißtrauen des Kabinetts gerechtfertigt war, und beweist auch, daß bei aller Einschränkung seiner Handlungsfreiheit, bei aller Anpassung an die Wünsche des Kabinetts, bei aller Enthaltsamkeit gegenüber verpflichtenden politischen Formeln Grey doch weiter ging, als das Kabinett wußte, wahrscheinlich auch weiter, als er selbst gehen wollte.

4. Grey und einzelne Kabinettsmitglieder

Schon in den vorigen Kapiteln war zu sehen, daß Grey unter seinen Kabinettskollegen einige besonders Vertraute hatte, die er zu Rate zog, wenn er das Kabinett als solches aus der Diskussion auszuschalten suchte. Das sind: Asquith, Haldane, Morley und Ripon. Immer wieder erscheinen ihre Namen in den Minutes, wenn eine besonders schwierige Frage zu erledigen ist; sie sind es auch, die das berühmte Crowesche Memorandum vom Januar 1907 zu sehen bekommen,[1]) während die übrigen Kabinettsmitglieder nichts davon hören. Wenn Grey Einladungen für außenpolitisch wichtige Persönlichkeiten gibt, ist einer oder der andere aus dem genannten Kreis sicher mit eingeladen. So etwa eine Einladung für Iswolsky und Benckendorff mit Morley;[2]) eine Einladung für den erstmalig als Botschafter nach Rußland reisenden Nicolson mit Asquith und Morley;[3]) eine Einladung für den neuen deutschen Botschafter Marschall v. Bieberstein mit Asquith und Haldane.[4])

Dagegen konnte ich nicht finden, daß jemals andere Minister zugezogen wurden, wenn private Zusammenkünfte von außenpolitischer Bedeutung stattfanden.

---

[1]) Britische Dokumente, III, 420, Minutes zu Crowes Memorandum.

[2]) Britische Dokumente, V, Nr. 372.

[3]) Morley, Recollections, 168 f.

[4]) Britische Dokumente, VI, Nr. 592.

Es ist notwendig, diese bevorzugten Minister wie auch die Gegner Greys im Kabinett gesondert zu behandeln, um ein richtiges Bild zu bekommen, von dem, was sich in der Sphäre der Ministerkollegen abspielte.

Über das Verhältnis von Grey zu Asquith wurde im 2. Kapitel genügend gesagt, um hier nicht wieder darauf zurückkommen zu müssen.

Der greise Marquess of Ripon mit seiner langjährigen parlamentarischen und politischen Erfahrung war, in der ersten Zeit von Greys Amtstätigkeit, wohl dessen Hauptratgeber in außenpolitischen Fragen außerhalb des Foreign Office. Er war der Führer der Liberalen im House of Lords und sein Biograph sagt von ihm,[1]) er sei der einzige im Kabinett gewesen, der sich für außenpolitische Fragen interessierte:

„Er schien aus der Ferne das ungeheure Gewitter zu spüren, das sieben Jahre später die zivilisierte Welt überwältigen sollte. Mit Ausnahme des Sekretärs für das Auswärtige, Sir Edward Grey, war er das einzige Mitglied des Kabinetts, das bemüht war, für diese schwerwiegenden Fragen genügend Beachtung zu sichern. Das Ergebnis war ein enges Bündnis zwischen den beiden, an dem auch Fitzmaurice, der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, teil hatte. Ripon hatte während seiner Amtszeit im Kolonialamt gelernt, die Gefahr der ehrgeizigen deutschen Wünsche und insbesondere den labilen Charakter des deutschen Kaisers zu würdigen. Das war der Ausgangspunkt aller seiner Ideen auf dem Gebiet der Außenpolitik, und es brachte ihn dazu, die verschiedenen wichtigen Maßnahmen zu billigen, die Grey ergriff, mit der Absicht, die deutsche Gefahr zu neutralisieren. Er war besonders bemüht, die Entente mit Frankreich zu festigen, deren Anwalt er auch in dunkelsten Zeiten des englisch-französischen Mißverstehens gewesen war. Die Marokko-Krise und die Algeciras-Konferenz gaben seinen Neigungen in dieser Richtung noch eine Zuspitzung. Auf der anderen Seite brachten sie ihm einige Unsicherheit auf Grund seiner traditionsgebundenen radikalen Abneigung gegen „entangling alliances".

Aus dem vorangegangenen Kapitel wird erinnerlich sein, wie oft, neben dem Premierminister, Ripon genannt war als der einzige, der wichtige Dokumente des Foreign Office vorgelegt bekommen sollte. Ripon selbst schreibt darüber an Fitzmaurice:[2])

[1]) Wolf, Ripon, II, 291 f.
[2]) Wolf, Ripon, II, 292.

„Ich bin sehr dankbar für die große Menge Information, die ich vom Foreign Office bekomme. Ich finde, daß das Amt mich sehr gut behandelt." Er seinerseits unterstützte die Greysche Außenpolitik im House of Lords, vor allem in der Frage der englisch-russischen Konvention. Wolf schreibt darüber:[1])

„Er hegte keine Liebe für Rußland und befand sich unter keinen Illusionen bezüglich der politischen Ideen und Methoden dieses Landes. Auch hatte er gemeinsam mit Fitzmaurice einen durchaus gerechtfertigten Verdacht in bezug auf Iswolskys Diplomatie. . . . Aber andrerseits erkannte er, daß die deutsche Gefahr das Abkommen unumgänglich gemacht hatte und verteidigte dasselbe im Oberhaus mit bemerkenswerter Lebhaftigkeit und Wirksamkeit."

Man sieht aus den eben zitierten Stellen, daß Ripons Einfluß durchaus auf die Stärkung der Entente-Politik ging. Es ist also anzunehmen, daß er auch innerhalb des Kabinetts für Grey Partei nahm und damit dessen Selbständigkeit in der Verfolgung seiner Politik stärkte.

Im Lauf der Jahre wird Greys eigene Haltung allmählich sicherer und die Zahl der an Ripon dirigierten Schriftstücke vermindert sich merklich. Es wurde schon im vorigen Kapitel erwähnt, daß anläßlich des Nordseeabkommens sogar Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Männern sich zeigten (1908), da Ripon Greys Stellungnahme zu deutschfreundlich fand. — Bald darauf (Oktober 1908) nahm Ripon seinen Abschied und damit hört sein Einfluß auf die Außenpolitik völlig auf.

— — —

John Viscount Morley war — wie besonders aus Haldanes Autobiographie hervorgeht — bis zu einem gewissen Grade der Mentor der jungen Gruppe von fortschrittlichen und sozial gesinnten Liberalen gewesen. Eine verehrungswürdige Persönlichkeit, vor deren Erfahrung und ungewöhnlicher Bildung die jungen Kollegen einen großen Respekt hatten. Als Leiter des India Office kam er bald auch sachlich in nahe Zusammenarbeit mit Grey und dem Foreign Office, bei der Bearbeitung der englisch-russischen Konvention. Hier konnte er der Greyschen Politik wertvollste Dienste leisten; denn das persische Abkommen wurde von der indischen Regierung (Lord Minto als Vizekönig) hartnäckig bekämpft und Morley setzte dieser gegenüber seine ganze

[1]) Wolf, Ripon, II, 293.

Autorität ein, um das gewünschte Abkommen doch zustande zu bringen.[1]) Grey schreibt über seine Hilfe an Campbell-Bannerman:[2])

„Ohne Morley hätten wir gar keine Fortschritte gemacht, denn die indische Regierung würde jede Möglichkeit blockiert haben; und Morley hat auf dem Weg von Verhandlungen Berge versetzt."

Aus den Britischen Dokumenten[3]) geht auch deutlich hervor, einen wie großen Anteil Morley nicht nur am glatten Verlauf der Verhandlungen, sondern auch am Entwurf des persischen Abkommens selbst hatte. Nach Ripons Rücktritt war es vor allem Morley, der im Oberhaus die Politik Greys vertrat und gegen die Opposition verteidigte.

Diese erfolgreiche Zusammenarbeit sowie die schon erwähnte verehrungsvolle Freundschaft für Morley dürfte bestimmend gewesen sein für Greys Entschluß, bei seinen Abwesenheiten vom Foreign Office am häufigsten Morley als seinen Stellvertreter einzusetzen. Aus den Britischen Dokumenten geht hervor, daß Morley diese Stellung mehrmals eingenommen hat.[4]) Nach allem, was aus den Akten ersichtlich ist, hat er dabei keineswegs eine entscheidende Rolle gespielt. Und so sollte er denn auch erst am Schluß seiner amtlichen Laufbahn über der Frage des englischen Eintritts in den Krieg in eine unüberbrückbare Meinungsdifferenz mit Grey geraten.

— — —

Richard Burdon Haldane, der Kriegsminister und Philosoph, war der alte Freund Greys aus dem imperialistischen Trio des Relugas-Abkommens. Mit ihm hatte Grey schon während der Wahlkampagne um die Jahreswende 1905—1906 eine Unterredung über die Frage der englisch-französischen Militärbesprechungen, in der sich Haldane für die Zulassung dieser Besprechungen entschied.

Haldane galt als der „German expert of the Cabinet"[5]) und erfüllte als solcher Funktionen, die eigentlich dem Außenminister oder mindestens einem hohen Beamten des Foreign Office zugekommen wären. Im September 1906 machte er eine erste Reise nach Berlin mit der offiziellen Absicht, das deutsche Militär-

[1]) Morley, Recollections, 178 f.
[2]) Spender, Campbell-Bannerman, II, 362.
[3]) Britische Dokumente, IV, Nr. 370.
[4]) Britische Dokumente, VI, Nr. 434, Nr. 577.
[5]) Sydenham of Combe, My working Life, 294.

wesen zu studieren, hatte jedoch auch eine Unterredung mit Bülow, in der er u. a. diesen bat, sich wegen geringfügiger Angelegenheiten direkt an ihn zu wenden, womit er kleinliche Reibereien aus den deutsch-englischen Beziehungen auszuschalten hoffte.[1]) Beim Besuch des deutschen Kaisers in Windsor im November 1907 war Haldane derjenige, der als Vertreter der englischen Regierung an dem außenpolitischen Gespräch über die Bagdadbahn teilnahm, und der es fertig brachte, mit dem Kaiser eine befriedigende Abmachung zu erzielen, die allerdings nachträglich von Bülow verworfen wurde. Und im Februar 1912 war wieder Haldane — nicht etwa ein Vertreter des Foreign Office — der Träger der verständigungsfreudigen Politik der englischen Regierung in der sogenannten Haldane-Mission, von der später noch ausführlich die Rede sein wird.

Es ist hier nicht der Ort, um die sich widersprechenden Tendenzen in Haldanes politischer Haltung gegeneinander abzuwägen: die deutsch-freundliche Haltung einerseits, das Fördern der englisch-französischen Militärvorbereitungen andererseits; und der energische und wirkungsvolle Neuaufbau der englischen Militärorganisation, dem eine starke Rüstungsbeschränkung auf Grund von liberaler Gesinnung gegenüberstand.[2]) Haldanes Stellung zur Außenpolitik ist eine doppelte: einerseits liefert er die militärische Grundlage für die Ententepolitik, andererseits versucht er die Ententepolitik zu neutralisieren durch seine Verhandlungen mit Deutschland. Die Tatsache aber, daß nicht er derjenige war, der im Winter 1911/12 die deutsch-freundliche Schwenkung im Kabinett in Szene setzte, sondern nur derjenige, der berufen wurde, sie durchzuführen, läßt sich möglicherweise dahin ausdeuten, daß die Wahl seiner Person ein Kompromiß bedeutete. Die Lloyd George, Churchill, Harcourt kannten ihn als Deutschenfreund und waren daher bereit, ihn als ihren Vertreter zu betrachten; und andererseits war sein Freund, Eduard Grey, der die meisten Fragen der Politik mit ihm durchsprach, sicher geneigter, den Kriegsminister nach Berlin ziehen zu sehen, als einen Mann aus der Gegenpartei, etwa Winston Churchill, der nicht ungern die Reise unternommen hätte. So darf Haldane wohl trotz seiner Freundschaft für Deutschland — die sich übrigens mehr auf geistige als auf politische Fragen erstreckte — als einer der Stützen Greys und der Greyschen Politik angesehen werden.

[1]) Britische Dokumente, III, Nr. 435, Haldanes Tagebuch der Reise.
[2]) Sydenham of Combe, 195.

In diesen kurzen Besprechungen ist die Reihe der Freunde unter Greys Ministerkollegen durchlaufen worden und es gilt jetzt noch die Stellung einiger anderer Minister zu untersuchen, die auf die Gestaltung der Außenpolitik von Einfluß waren oder doch versuchten, einflußgebend zu wirken.

An erster Stelle steht hier Lloyd George. Auch er entwickelte keine einheitliche Tendenz in seinem außenpolitischen Handeln. Im Jahr 1908 entsetzte er König Eduard wegen seiner deutschfreundlichen Indiskretionen bei einer Reise durch Deutschland. Grey protestierte (teils auf Wunsch des Königs) und verlangte, daß derartige Äußerungen nicht mehr vorkommen dürften ohne vorheriges Einvernehmen mit ihm.[1]) Und Crowe schrieb in einer Bemerkung vom 14. August 1908:[2])

„Es erscheint daher bedauerlich, daß der Schatzkanzler bei einem Interview mit einem Zeitungsberichterstatter den Vorschlägen zur Einschränkung der Rüstungen öffentlich und in ziemlich ungeschlachter Weise Ausdruck verliehen hat . . . . . Es ist daher zu hoffen, daß der Staatssekretär nicht durch von ihm nicht ausdrücklich genehmigte Mitteilungen oder Äußerungen über diesen Gegenstand in Verlegenheit gesetzt wird."

Drei Jahre später, während der Agadirkrise war die Stimmung von Lloyd George völlig umgeschlagen und er hielt eine Rede, die in Deutschland als starke Herausforderung empfunden wurde. Diesen plötzlichen Stimmungsumschlag schildert Churchill folgendermaßen:[3])

---

[1]) Lee, II, 654 f.

[2]) Britische Dokumente, VI, Nr. 115.

[3]) Churchill, World Crisis, S. 46; Deutsche Übersetzung S. 38 f.

Der inzwischen erschienene Bd. VII der Britischen Dokumente bringt nichts, was der Churchillschen Darstellung ausdrücklich widerspricht. Nicolson schreibt am 24. Juli an Cartwight (Britische Dokumente, VII, Nr. 418): „Die Rede Lloyd Georges, die . . . keine plötzliche Eingebung, sondern sorgsam ausgedacht war", und er weist darauf hin, daß ihre Wirkung besonders stark war, da sie von Lloyd George und nicht von einem anderen Kabinettsmitglied gehalten wurde.

Es liegt aber trotzdem nahe, sich zu fragen, ob die Idee zu der Rede ganz so spontan war, wie Churchill es schildert, zumal wir nun aus den Britischen Dokumenten ersehen können, daß Grey eben den 21. Juli als den Tag bezeichnete, an dem er Deutschland eine ziemlich scharfe Mitteilung machen wollte. Er schrieb darüber an Asquith (Britische Dokumente, VII, Nr. 399): „Ich halte es daher für unbedingt notwendig, daß ich am Freitag (21. Juli) ermächtigt werde, Deutschland eine Mitteilung zu machen, um ihm nachdrücklich vorzustellen, daß wir, wenn die Verhandlungen zwischen ihm und Frankreich ergebnislos verlaufen, an einer Erörterung der Lage teilnehmen müssen und daß wir, da Agadir ein

„Einige Wochen lang ließ er nicht erkennen, welche Richtung er einschlagen werde, und in unseren zahlreichen Unterhaltungen machte er mir den Eindruck, als neige er bald der einen, bald der anderen Seite zu. Aber am Morgen des 21. Juli, als ich ihn vor der Kabinettssitzung besuchte, fand ich einen neuen Menschen. Er hatte einen Entschluß gefaßt. Er sah ganz klar, welchen Weg er einschlagen müsse. Der Grundgedanke in seinen Worten mir gegenüber war, daß wir einem Krieg zusteuerten. Er betonte das bedrückende Schweigen von Deutschland uns gegenüber. Er wies darauf hin, daß Deutschland vorgehe, als ob England in der Frage in keiner Weise zähle; daß es unsere ernsthaften Vorstellungen gänzlich ignoriert habe, daß es im Begriff sei, den heftigsten Druck auf Frankreich auszuüben; daß eine Katastrophe eintreten könne; und daß wir — wenn eine solche verhindert werden solle — eine energische Sprache führen müßten, und zwar sofort. Er sagte mir, daß er am selben Abend bei dem jährlichen Bankett der Bankiers eine Rede zu halten habe, und daß er beabsichtige, es klar zu machen, daß Deutschland, wenn es den Krieg wolle, England auf der Gegenseite finden werde. Er zeigte mir seine Aufzeichnungen und sagte, er werde sie nach der Kabinettssitzung dem Premierminister und Sir Edward Grey zeigen. Was würden die beiden dazu sagen? Ich sagte, daß sie natürlich sehr erleichtert sein würden, und das waren sie auch."

Wie stark die Wirkung von Lloyd Georges Rede auch von Grey empfunden wurde, zeigt eine Bemerkung, die er im Februar 1912 zu einem Bericht von Rodd machte:[1])

„Die Bemerkung des deutschen Botschafters über Herrn Lloyd Georges Rede bedeutet an sich eine Rechtfertigung für sie. Sie erfolgte in einem Augenblick, in dem sie wirklichen Einfluß darauf hatte, Deutschland in Schranken zu halten."

Zu der Zeit, als Grey diese Bemerkung machte, hatte aber Lloyd George schon wieder eine Schwenkung vollzogen und befürwortete mit Insistenz eine deutsch-freundliche Politik. Churchill schreibt darüber:[2])

---

geschlossener Hafen ist, wo wir keine Mittel und Wege zum Einholen von Informationen haben, und sofern uns Deutschland nicht über alle neuen Entwicklungen dort auf dem Laufenden hält, selber Schiffe hinschicken müssen, um dafür zu sorgen, daß unsere Interessen nicht geschädigt werden." Daraus ergibt sich, daß Lloyd George sich zum mindesten darüber im klaren war, daß eine scharfe Note an Deutschland abgehen würde.

[1]) Britische Dokumente, VI, Nr. 512.

[2]) Churchill, World Crisis, 94 f.

„Aber sobald die Gefahr gebannt war, änderte er seine Taktik. Er meinte, man müsse den Versuch machen, jedwede Wunde zu heilen, an der Deutschland noch leiden mochte, und zu einer gemeinsamen Verständigung über die Flottenstärken kommen."

Schon im vorigen Kapitel wurde besprochen, wie diese Haltung Lloyd Georges und der Kabinettsmajorität Grey zwang, in Verhandlungen mit Deutschland über ein politisches Abkommen einzutreten. Es ist bekannt, daß Lloyd George sich auch bei der letzten und wichtigsten außenpolitischen Entscheidung des liberalen Kabinetts, der Frage zwischen Krieg und Frieden, plötzlich umstellte:[1]) zuerst war er ein leidenschaftlicher Anführer der Pazifisten, um dann auf einmal mit der Kriegspartei zu gehen.

Ich glaube, man kann sagen, daß die plötzlichen Schwenkungen von Lloyd George von nicht unbeträchtlicher Bedeutung waren: Wenn ein Mann, von dem man eine bestimmte Stellungnahme erwartet, plötzlich eine gegenteilige Haltung einnimmt, bedeutet das unter Umständen mehr, als wenn er mit der allergrößten Insistenz seine gewohnte Haltung vertritt; das gewohnte Gleichgewicht der Meinungen ist gestört, die Stimme, die mit der bisherigen Gegenpartei geht, fällt mehr ins Gewicht, als ihr quantitativ zukäme. Dies zeigen auch die beiden genannten Vorfälle. Die Tatsache, daß der als deutsch-freundlich bekannte Lloyd George und nicht etwa Grey oder Asquith die Rede bei der Bankier-Versammlung hielt, übte auf Deutschland eine ungeheure Wirkung aus. Und im Sommer 1914 dürfte wieder die Tatsache, daß der pazifistische Schatzkanzler für den Krieg gegen Deutschland war, die Schwankenden und Zögernden unter seinen Kollegen von der Gerechtigkeit der Entente-Sache mehr überzeugt haben, als die Stellungnahme von Grey, die schon seit Jahren bekannt war und in früheren Zeiten nicht immer hatte überzeugen können.

— — —

Eine gewisse Rolle — wenn auch keine besonders ausschlaggebende — spielten in der Außenpolitik auch die Herren von der Admiralität. Hier ist zu nennen Lord Tweedmouth als Empfänger des berühmten Kaiserbriefes im Februar 1908. Er handelte nach Empfang desselben in jeder Hinsicht korrekt, indem er Grey davon Mitteilung machte, daß er dem Kaiser höflich aber ausweichend antworten wolle und daß er beabsichtige, ihm ver-

[1]) Morley, Memorandum on resignation.

traulich eine Kopie des Marine-budgets zu schicken.[1]) Grey antwortete darauf:[2])

„Ich bin ganz damit einverstanden, daß Sie den Empfang dieses famosen (wunderlichen?) Briefes Ihrem Vorschlag gemäß bestätigen und vertraulich eine Abschrift des Budgets einsenden."

Lord Tweedmouths Haltung wurde jedoch streng kritisiert. Crowe schreibt in einer Bemerkung vom 2. März 1908:[3])

„Es erscheint eigentümlich, daß Lord Tweedmouth dem Kaiser unter diesen Umständen den Flottenvorschlag mitgeteilt hat, ehe er dem Unterhaus vorgelegt worden ist. Man fragt natürlich, was man beim Bekanntwerden dieser Tatsache im Unterhaus sagen würde."

Dazu schreibt Grey:

„Ich war damit einverstanden, daß die Flottenvorschläge dem Kaiser gesandt würden, aber da nichts weiter geschehen ist, als daß er in Erwiderung auf seinen Brief am Sonnabend ein Exemplar desjenigen Schriftstückes erhielt, das hier am Montag veröffentlicht wurde, so glaube ich nicht, daß dieser Umstand, selbst wenn bekannt, große Bedeutung haben könnte. Was Anlaß zu Kommentaren geben würde, wäre die Tatsache, daß der Kaiser an Lord Tweedmouth geschrieben hat, und dies sollte nicht enthüllt werden."

Wenn Lee die Sache richtig darstellt, so mußte Tweedmouth wegen dieses Vorfalles seinen Abschied nehmen. Lee schreibt darüber:[4])

„Obwohl er (Tweedmouth) nicht für das Vorgehen des Kaisers verantwortlich war, zeigte sich doch ein Mangel an Klugheit in seiner Behandlung der merkwürdigen Situation. Er war weder bezüglich des Inhalts des Kaiserbriefs an ihn, noch in bezug auf seine eigene Antwort diskret gewesen, und es bestand das Gefühl, daß eine Veränderung in seinem Amt wünschenswert sei."

Bei der Spärlichkeit des Materials ist es nicht möglich festzustellen, ob Grey Tweedmouth gegenüber in dieser Sache ganz fair gehandelt hat oder nicht. Immerhin hat es den Anschein, als hätte Tweedmouth die ganze Verantwortung übernehmen müssen für eine Frage, die vom Außenminister mit entschieden worden war.

---

[1]) Britische Dokumente, VI, Nr. 82.
[2]) Britische Dokumente, VI, Nr. 83.
[3]) Britische Dokumente, VI, Nr. 88.
[4]) Lee, II, 609.

Tweedmouths Nachfolger war McKenna. Eine seiner ersten Maßnahmen (am 5. Mai 1908) war der Entschluß, wenn nötig, sechs Dreadnoughts zu bauen. Diesem Vorschlag widersetzten sich Lloyd George und Churchill aufs heftigste, und McKenna wäre gestürzt worden, hätte nicht Grey erklärt, er werde das Foreign Office verlassen, wenn nicht die nötige nationale Sicherheit gewährleistet würde.[1])

Die Zusammenarbeit zwischen dem Foreign Office und der Admiralität war zeitweilig sehr rege; vor allem als es sich um eine Flottenverständigung mit Deutschland handelte, und die Admiralität die von England zu stellenden Bedingungen ausarbeitete. Ein Vergleich der Nummern 467 und 469 des sechsten Bandes der Britischen Dokumente zeigt zum Beispiel, daß das Foreign Office in seinem Memorandum an die deutsche Regierung den Text des Admiralitätsbriefes fast wörtlich übernommen hat, daß also in diesen Fragen die Ansichten der Admiralität durchaus maßgebend waren.

Eine besonders große außenpolitische Tätigkeit hat offenbar Winston Churchill entfaltet, wenn auch mit sehr geringfügiger Wirkung. Wenn Lloyd George einige große Schwenkungen in seiner außenpolitischen Haltung machte, so war Churchills Weg eine wahre Zickzacklinie von Widersprüchen. Zuerst ein eifriger Bekämpfer der Dreadnoughtbauten, hat er später selbst die größte Zahl von Dreadnoughts durchgesetzt. Einerseits pazifistisch und für eine Verständigung mit Deutschland geneigt, hielt er sich doch — wie er selbst erzählt[2]) — täglich die deutsche Gefahr vor Augen, indem er sich zwang, jeden Morgen die Stellung der deutschen Kriegsschiffe zu verfolgen. Im August 1908 arbeitete er mit Lloyd George zusammen, in der Absicht, die außenpolitische Linie Greys zu stören. Aufsehenerregend war in diesem Zusammenhang seine Rede vom 15. August an die Bergwerker von Swansea, in der er öffentlich die antagonistischen Strömungen zwischen England und Deutschland beschimpfte und Lord Cromers Warnungen gegenüber der deutschen Gefahr bedauerte. Der König war über diesen Redefeldzug empört und Grey ging sogar so weit, Winston Churchill auf die Fehlerhaftigkeit einiger seiner redne-

[1]) Vgl. Lee, II, 609.

[2]) Churchill, World Crisis, 72.

rischen Behauptungen aufmerksam zu machen, und darauf, daß sein Eingehen auf Fragen der Außenpolitik während seiner Reisen durch die Wahlbezirke nicht wünschenswert sei.[1])

Wie man im Foreign Office über Churchill dachte, zeigt ein Brief von Mallet an Grey vom 26. August 1909:[2])

„Mir scheint, daß wir auf jeden Fall den Russen von diesen Eröffnungen Mitteilung machen müssen; sonst wird der deutsche Kaiser dem Zaren sagen, daß wir den Anstoß dazu gegeben haben, und wird dies mit einigen der Indiskretionen auftischen, die Herrn W. Churchill während der Manöver entschlüpfen werden."

Für die frisch-fröhliche Art, in der Churchill die Außenpolitik geführt sehen wollte, sind folgende Richtlinien, die er Grey im August 1911 gab, bezeichnend:[3])

„Vielleicht werden bald entscheidende Schritte getan werden müssen. Die folgenden Ausführungen mögen nützlich sein, wenn über die Marokkofrage keine Einigung erzielt werden kann.

Schlagen Sie Frankreich und Rußland einen Dreibund vor zum Schutze der Unabhängigkeit (inter alia) von Belgien, Holland und Dänemark.

Sagen Sie Belgien, daß wir bereit sind, ihm zu helfen, wenn seine Neutralität verletzt werden sollte, und uns mit Frankreich und Rußland zu verbünden, um seine Unabhängigkeit zu garantieren, und daß wir alle für diesen Zweck erforderlichen militärischen Maßnahmen treffen werden. Vorbedingung hierfür ist, daß Belgien an der Seite von England und Frankreich marschiert; Belgien soll ferner unverzüglich Lüttich und Namur mit einer angemessenen Garnison belegen; andernfalls lehnen wir die Verantwortung für sein Schicksal ab . . . .

Wir müssen uns darauf gefaßt machen, im geeigneten Moment den stärksten Druck auf Holland auszuüben, damit die Schelde für alle Zwecke offen bleibt. Sollte Holland die Schelde schließen, müssen wir diese Maßnahme mit der Blockade des Rheins beantworten."

Wenn man in den Britischen Akten verfolgt, wie vorsichtig sich Grey während all dieser Jahre von allem, was einer Allianz mit Frankreich und Rußland ähnlich sehen konnte, zurückhielt,

[1]) Lee, II, 654 f.
[2]) Britische Dokumente, VI, Nr. 191.
[3]) Churchill, World Crisis, 65 f.
[4]) Vgl. mein Kapitel: Entente oder Allianz.

und wie er sogar den allzu häufigen Gebrauch des Wortes „Entente" zu vermeiden suchte,[1]) dann wird man das selbstverständliche Umspringen mit dem Allianzgedanken, wie ihn Churchill, der Pazifist, in diesem Brief und in seinem Memorandum „Military Aspects of the Continental Problem"[2]) verwendet, nicht ohne Komik finden.

In einem Brief von Churchill über eine der folgenschwersten englischen Vorkriegsmaßnahmen, die englisch-französische Flottenverschiebung, kommt sein ganzer Mangel an Logik klar zum Vorschein. Der Brief war an Grey und den Premierminister gerichtet:[3])

„Der Punkt, den ich vor allem sicherstellen will, ist unsere Freiheit der Wahl (des Handelns), wenn die Gelegenheit sich ergibt, und daraus folgend unsere Macht, die französische Politik im voraus zu beeinflussen. Diese Freiheit wird fühlbar beeinträchtigt, wenn die Franzosen sagen können, daß sie, im Vertrauen auf das Marineabkommen mit uns, ihre atlantische Küste entblößt und sich im Mittelmeer konzentriert haben. Das würde nicht der Wahrheit entsprechen. Wenn wir gar nicht vorhanden wären, könnten die Franzosen keine bessere Anordnung treffen, als die jetzige. Sie sind nicht mächtig genug, um Deutschland allein gegenüberzutreten, und noch weniger, sich auf zwei Kriegsschauplätzen zu behaupten. Sie konzentrieren daher richtigerweise ihre Flotte im Mittelmeer, wo sie sicher und überlegen ist und ihre afrikanischen Verkehrswege sicherstellen kann. Auch ist es nicht wahr, daß wir auf Frankreich angewiesen sind, um unsere Stellung im Mittelmeer aufrecht zu erhalten .... Wenn Frankreich überhaupt nicht da wäre, würden wir unsere Kräfte nicht anders verteilen..... Wenn wir von Frankreich angegriffen würden, würden wir gegen Frankreich nicht die Beschuldigung der Treulosigkeit erheben, wenn dieses uns im Kampf allein ließe. Und nichts in den marinen und militärischen Abmachungen darf die Wirkung haben, uns einer solchen Beschuldigung auszusetzen, wenn wir — wenn es soweit kommt — beschließen, aus dem Kampf draußen zu bleiben (to stand out)."

Nach diesen offenbar ehrlich vorgebrachten Überzeugungen im Anfang des Briefes, spricht Churchill am Schluß desselben folgende durchaus entgegengesetzte Meinung aus:

[1]) Churchill, 60 f.
[2]) Churchill, 112 f.

„Aber was für eine furchtbare Waffe würde Frankreich in der Hand haben, um unsere Intervention zu erzwingen, wenn es sagen könnte: „Auf Euren Rat und infolge der Abmachungen mit Euren Marinesachverständigen haben wir unsere Nordküsten ohne Verteidigung gelassen. Wir können unmöglich rechtzeitig zurückkommen." In der Tat würde dies wahrscheinlich ausschlaggebend sein, was auch immer jetzt schriftlich abgemacht wird. Jeder, der die Tatsachen kennt, muß fühlen, daß wir die Verpflichtungen einer Allianz haben, jedoch ohne deren Vorteile, und vor allem ohne die genauen Definitionen derselben."[1])

Es wird nach diesen Proben verständlich sein, daß nicht Churchill im Winter 1912 auf die Mission nach Deutschland entsandt wurde, obwohl der erste Briefwechsel darüber zwischen ihm und Cassel hin- und herging und darin von seinem Kommen die Rede war.[2]) Und auch später, als er ein Abrüstungsgespräch mit Tirpitz in Kiel haben wollte (im Frühjahr 1914) „befürchtete Grey, daß sich mehr Schaden als Nützliches aus einer solchen Diskussion ergeben werde."[3]) Man kann annehmen, daß Grey ein solches Gespräch nicht von sachlichen Gesichtspunkten aus befürchtete, sondern daß er den persönlichen Unverantwortlichkeiten des ersten Lords der Admiralität mißtrauisch gegenüberstand.

— — —

Dies sind also die Ministerkollegen, mit denen Grey während seiner Amtstätigkeit in nähere Berührung kam. Wir sehen: eine Reihe von Freunden, die ihn unterstützen, sowohl in der sachlichen Arbeit, als auch in Kabinett und Parlament, und auf der anderen Seite nur zwei bemerkenswerte Figuren: Lloyd George, der die Persönlichkeit hatte, einige Male entscheidend in den Gang der Ereignisse einzugreifen, und Winston Churchill, der — bei allem impulsiven Enthusiasmus — doch keine entscheidende Rolle gespielt haben dürfte. Auch hier — ähnlich wie bei dem Verhältnis zwischen Foreign Office und Kabinett — kann man von einer Art Neutralisierung der beiden Parteien sprechen. Es war ein stiller Kampf zwischen den Anhängern von Grey und Asquith und denen von Lloyd George, ein Kampf, der hier und

[1]) Die einzelnen Stellen sind von mir gesperrt, um die Gegensätzlichkeiten in dem Brief besser hervorzuheben.
[2]) Britische Dokumente, VI, Nr. 492 und 493.
[3]) Churchill, 179 f.

da aufflackerte und aller Welt sichtbar wurde, aber ein Kampf, der dauernd unentschieden blieb, wenn man nicht den Eintritt in den Krieg als schließlichen Sieg der liberalen Imperialisten ansehen will.

5. Außenpolitik, Parlament und öffentliche Meinung.

In diesem Kapitel müßte vieles wiederholt werden, was in dem Kapitel über Grey und das Kabinett schon gesagt wurde. Denn merkwürdigerweise erhob sich in der öffentlichen Meinung die Kritik an der Greyschen Außenpolitik nicht bei der Opposition, sondern aus den Reihen der eigenen Partei. Wieder sind es dieselben Themen wie bei den Meinungsverschiedenheiten im Kabinett: Ein Teil der öffentlichen Meinung ist im Gegensatz zum Foreign Office pro-deutsch und anti-russisch. Und Grey steht nun im Brennpunkt zwischen zwei Strömungen: den Tories tut er zu wenig, den Radikalen zu viel.

Dies wurde besonders deutlich bei dem Verhältnis zu Rußland: Da steht auf der einen Seite die Opposition, die wünscht, daß man möglichst viel in dem englisch-russischen Abkommen erreicht, und die mit den Resultaten nicht immer zufrieden ist; und andererseits sind die radikalen Elemente der eigenen Partei strikt dagegen, daß man mit einem so unmoralischen System wie dem der russischen Regierung überhaupt freundschaftliche Beziehungen unterhält. Kurz vor Abschluß der russischen Konvention herrscht in den Foreign-Office-Kreisen Besorgnis bezüglich der Stellungnahme des Parlaments. Grey berichtet an Nicolson über ein Gespräch mit Lord Percy (von der konservativen Partei)[1]), der sehr gegen das Abkommen ist.

Hardinge wünscht eine Erklärung über die russische Neutralität gegenüber den englischen Interessen im Persischen Golf „zu Dekorationszwecken und um die feindliche Kritik von seiten der Extremisten und Konservativen im Unterhaus zu entwaffnen".[2]) Dagegen schreibt Nicolson am 24. Juni 1907:[3]) „Wenn ich die öffentliche Meinung sowohl in Rußland wie in England beiseite lasse, eine Meinung, die voraussichtlich kein beständiger Faktor sein wird, und einfach den ungeheuren Vorteil ins Auge fasse, der durch das Aufhören der Rivalität und Streitigkeiten zu erlangen ist, ... so möchte ich dem Gedanken Ausdruck geben,

[1]) Britische Dokumente, IV, Nr. 270.
[2]) Britische Dokumente, IV, Nr. 428.
[3]) Britische Dokumente, IV, Nr. 429.

daß es höchst bedauerlich wäre, wenn eine vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit versäumt würde, und wenn infolge des Beharrens auf Punkten, die nicht von lebenswichtiger Bedeutung sind, die Hoffnungen auf eine dauerhafte Abmachung enttäuscht werden sollten."

Dazu bemerkt Hardinge:

„Ich möchte besonders auf das hinweisen, was er (Nicolson) im letzten Absatz des Berichtes in bezug auf die Unbeständigkeit der öffentlichen Meinung als einen Faktor und die von einem Abkommen zu erlangenden gewichtigen Vorteile sagt."

Obwohl das englisch-russische Abkommen schon im Spätsommer 1907 unterzeichnet wurde, findet erst im Februar 1908 im Parlament eine mehrtägige Debatte darüber statt. Im Oberhaus kritisiert Lord Curzon den Vertrag auf schärfste. Er nennt ihn bezüglich Afghanistans höchst zweifelhaft, bezüglich Tibets schlecht und bezüglich Persiens noch schlechter.[1]) Aber vier Tage später spricht sich Lord Lansdowne, der anerkannte Außenpolitiker der Opposition, sehr lobend über das Abkommen aus, und am 24. Februar kann Grey an Nicolson berichten:[2]) „Die offizielle Opposition hier, jedenfalls Lord Lansdowne und Brodrick, war vollkommen fair, und ich betrachte ihre Reden als im ganzen zugunsten der Konvention lautend, obschon sie Ausstellungen machten. Balfour war kritischer, aber andererseits legte er Nachdruck auf das, was wir hinsichtlich Seistans gewonnen hatten. Es mag im Hinblick auf die russische Meinung nicht sehr erwünscht gewesen sein, und ich empfand es durchaus als unerwünscht, diesen Punkt in der Öffentlichkeit zu betonen; aber nach Curzons und Percys Angriffen war es ganz unerläßlich, die Vorteile der Konvention stark hervorzuheben."

Aus diesem Nachsatz geht hervor, daß Grey sich von den Oppositionsrednern doch herausfordern ließ, in seiner Verteidigung der Konvention mehr zu sagen, als er mit Rücksicht auf die russischen Empfindlichkeiten als Außenminister hätte sagen wollen.

Die konservativen Kritiken im Parlament können also trotz einigen Schärfen in dieser Frage im ganzen als wohlwollend bezeichnet werden. Intensiv und leidenschaftlich dagegen sind die Stimmen der liberalen und Arbeiterpartei, die sich gegen jede

[1]) Die in diesem Kapitel folgenden Daten über Parlamentsreden, Pressestimmen und Versammlungen sind dem Europäischen Geschichtskalender entnommen, sofern nicht in den Anmerkungen eine andere Quelle angegeben ist.

[2]) Britische Dokumente, IV, Nr. 550.

freundschaftliche Geste gegenüber Rußland wenden und insbesondere gegen den Austausch von Besuchen zwischen dem König und dem Zaren.

Dieser Kampf begann schon im Sommer 1906, als Mitglieder der Arbeiterpartei verlangten, daß die englische Regierung vor dem geplanten Flottenbesuch in Kronstadt bei der russischen Regierung Vorstellungen erheben solle, wegen der Hinrichtungen und Judenprogrome. Grey lehnt dies am 14. Juni ab. Am 5. Juli versucht er die russische Regierung zu verteidigen, wenn er sagt: „Je weniger Raum die Erörterung einnimmt, die in diesem Hause über russische Angelegenheiten stattfindet, desto besser ist es; aber wenn wir diese Angelegenheiten erörtern müssen, so wollen wir uns in ruhiger Weise darüber klar werden, wie sich die Lage verhält. Der russische Kaiser, die russischen Minister und das russische Parlament sind nicht verantwortlich für Judenmetzeleien .... Was die angeregten amtlichen Vorstellungen betrifft, so bin ich der Ansicht, daß es drei Parteien in Rußland gibt, nämlich eine reaktionäre, eine Reformpartei und eine revolutionäre, und daß jede Einmischung eines Außenstaates nicht die Reformpartei stärken wird, sondern eine der beiden anderen Parteien."

Bezüglich der Kreuzfahrt in der Ostsee weist der Staatssekretär darauf hin, daß die Flotte auf der vorjährigen Fahrt in die Ostsee keine russischen Häfen angelaufen habe und bemerkt, es würde sicherlich außerordentlich unpassend sein, wenn sie auch in diesem Jahr bei Gelegenheit ihrer Kreuzfahrt in der Ostsee die russischen Häfen nicht besuchen würde. „Da nun bestimmte Dinge vorgefallen sind, seitdem die diesjährige Kreuzerfahrt geplant ist, ist vorgeschlagen worden, die Kreuzerfahrt aufzugeben. Der Flottenbesuch steht in keinerlei Beziehungen zu den inneren Angelegenheiten Rußlands. Er soll nur eine Ehrenerweisung für den russischen Kaiser sein; er geschieht in freundlicher Absicht gegenüber der bestehenden russischen Regierung, und ich kann mir keinen Flottenbesuch in russischen Häfen vorstellen, der nicht zugleich als Besuch des russischen Volkes veranstaltet ist. Ich verspreche mir von der Zukunft eine Zunahme der guten Beziehungen zu der russischen Regierung und dem russischen Volk. Rußland macht jetzt eine für das Volk wie für die Regierung kritische und schwere Zeit durch. Alles, was sich ereignet hat, läßt Anzeichen von Lebenskraft, Energie und den Charakter eines großen Volkes hindurchblicken, das sich den Weg zu einer

großen Zukunft bahnen wird. Unsere Sympathie kann am besten kundgetan werden durch Unterlassung einer Einmischung. Manchmal ist Schweigen der beste Beweis von Sympathie." Zweieinhalb Wochen später spricht Campbell-Bannerman, ohne vorher im Foreign Office angefragt zu haben, in seiner Rede vor der Interparlamentarischen Union das berühmte Wort aus: „La Douma est morte, vive la Douma", ein aufsehenerregender Vorfall, durch den Sir E. Grey nicht nur gegenüber Rußland in einige Verlegenheit gesetzt wird, sondern bei dem der Premierminister sich mehr oder weniger offen auf seiten der liberalen Volksmeinung gegen seinen Außenminister stellt.

Noch schwieriger war die Stellung des Foreign Office gegenüber der öffentlichen Meinung bei Gelegenheit des königlichen Besuches in Reval. Außenpolitisch galt derselbe für eine Notwendigkeit; wie sehr jedoch seine innenpolitischen Wirkungen gefürchtet waren, zeigt folgender Bericht von Hardinge an Nicolson vom 13. April 1908:[1])

„Grey ist für den Gedanken und wahrscheinlich Asquith ebenfalls, aber sie haben beide ein bißchen Angst vor den Extremisten ihrer Partei und vor dem, was diese über den Besuch des Königs in Reval sagen könnten."

Ende Mai und Anfang Juni brach dann auch im Unterhaus der gefürchtete Sturm los. An drei verschiedenen Tagen wird über die Reise des Könige debattiert. Die Arbeiterpartei protestiert am 26. Mai dagegen, weil die russische Regierung Dumamitglieder in Gefängnissen schmachten lasse und weil sie Morde begünstige. Asquith lehnt die Einmischung in fremde Angelegenheiten ab; und am 28. Mai versucht Grey die Wogen zu glätten, indem er den offiziellen Charakter des Besuchs, der allen anderen offiziellen Besuchen gleiche, betont. Trotzdem beantragt am 4. Juni bei der Beratung des Foreign Office-Etats der Abgeordnete O'Grady eine Kürzung desselben als Protest gegen den russischen Besuch. Grey hält eine längere Rede, in der er ausführt, daß Freundschaft mit Rußland ein Bestandteil seiner Außenpolitik sei. Auch hier wird er wieder von Balfour, dem Führer der Gegenpartei, unterstützt, was nicht dazu beiträgt, das Mißtrauen der Liberalen zu verringern.

Anläßlich des Zarenbesuchs im Sommer 1909 dürfte diese anti-russische Stimmung ihren Höhepunkt erreicht haben. Am

[1]) Britische Dokumente, V, Nr. 194.

13. Juni verurteilt eine Konferenz von 92 Verbänden der Arbeiterpartei den geplanten Zarenbesuch. Am 22. Juli findet im Unterhaus eine Debatte statt, in der Henderson wieder den Antrag auf Kürzung des Foreign Office-Budgets stellt, und in der nach einer langen Verteidigungsrede von Grey der irische Nationalist Dillon erklärt, der deutsche Kaiser habe keine Furcht, in London durch die Straßen zu fahren; Grey solle den Zaren durch die Straßen von London führen, dann werde er sehen, welche Gefühle das englische Volk hege.

Am 25. Juli findet eine Kundgebung gegen den Empfang des Zaren statt, und am Tag vor dessen Ankunft erscheint in der Presse ein offener Brief an den Außenminister, der gegen den Empfang des Zaren protestiert. Unterzeichnet sind 70 liberale Abgeordnete, drei Mitglieder des Oberhauses und mehrere Bischöfe und Pfarrer. (Vgl. Lee, II, 690.)

Ebenso heftig — wenn nicht noch heftiger — wie die Entrüstungsstürme, die sich gegen die russenfreundliche Politik des Foreign Office erhoben, waren die Szenen, die sich in den Jahren 1911 und 1912 im Gefolge der Agadirkrise abspielten. Das Mißtrauen, das gegen Greys Frankreich freundliche Politik schon seit seinem Amtsantritt — wenn auch meist latent — vorhanden war, äußerte sich nun mit solcher Heftigkeit, daß die Stellung des Außenministers fast erschüttert worden wäre. Es ist genau dieselbe Stimmung, die auch im Kabinett herrschte, als Grey gezwungen wurde, Verhandlungen mit Deutschland zu beginnen und schriftlich niederzulegen, daß England gegenüber Frankreich keinerlei bindende Verpflichtungen habe. (Grey-Cambon-Briefwechsel.) Aber was sich im Kabinett unter Kollegen wohl in einigermaßen gemäßigter Form abspielte, nahm in der Öffentlichkeit ungeheure Dimensionen an. Eine kurze Übersicht der Ereignisse vom Frühjahr 1911 bis zum Februar 1912 möge ein Bild geben von diesem erbittertsten Kampf, den Grey mit der öffentlichen Meinung auszufechten hatte.

Am 13. März richtete der Radikale Ponsonby die Aufforderung an Grey, er solle jede Gelegenheit ergreifen, um Deutschland Freundlichkeiten zu erweisen. Grey gibt eine seiner typischen Antworten, die trotz großen Wortreichtums wenig besagt. Darin heißt es etwa: „Wenn ich bedenke, was alles in der Presse veröffentlicht oder gemutmaßt worden ist, so würde man erstaunt sein, zu erfahren, wie leicht es jederzeit innerhalb der letzten drei Jahre gewesen ist, ich will nicht sagen, eine Einigung zu erreichen,

wohl aber die Differenzen zwischen den zwei Regierungen in freundschaftlichem Sinn zu besprechen. Das bedeutete keine Änderung der Politik auf unserer Seite. Wir haben nicht den Wunsch, daß unsere Beziehungen zu irgend einer Macht so geschaffen sein sollten, daß dadurch herzliche Beziehungen zu Deutschland unmöglich würden." Auf diese Freundlichkeit gegenüber Deutschland folgt aber dann doch eine längere Auseinandersetzung der Tatsache, daß bezüglich eines speziellen Abkommens mit Deutschland ein „sehr vorsichtiges Vorgehen notwendig" sei.

Bei dieser Erklärung wäre es wohl für eine Zeitlang geblieben, hätte nicht die Fahrt des „Panther" nach Agadir die ganzen Fragen der englischen Beziehungen zu Deutschland und Frankreich wieder so akut gemacht, daß die verantwortlichen Staatsmänner in England längere Zeit mit einem Krieg rechneten. Es ist nun bemerkenswert, daß schon während der kritischen Tage anti-französische und pro-deutsche Stimmen laut wurden. Am 26. Juli warnt ein Artikel der „Daily News" die englische Regierung davor, französischer zu sein als die Franzosen selbst und wünscht vor allem eine Verständigung mit Deutschland. Am 27. Juli schreibt „Daily News" über die Algecirasakte: „Seit Frankreich diesen Vertrag unterzeichnet hat, hat es die Provinz Schanja und Fez besetzt. Wir haben keinen offiziellen Protest erhoben, noch weniger hat das unsere anti-deutsche Presse getan. Erst als Deutschland ein Kriegsschiff nach Agadir schickte, erinnerte man sich in England der Algecirasakte, und selbst dann vergaß man, sie zunächst auf Frankreich anzuwenden. Das ist natürlich töricht und gefahrvoll. Wenn man sich schon auf die Algecirasakte beruft, muß das im Falle Frankreichs mehr noch als dem Spaniens oder Deutschlands geschehen."

Die „Daily News" fährt mit ihren Artikeln fort. Im September polemisiert sie gegen die französische Auffassung, daß England verpflichtet sei, die französisch-atlantische Küste zu schützen. Im Oktober bringt sie eine Artikelserie des bekannten halbfranzösischen Pazifisten Morel, der die englischen Hetzereien gegen Deutschland auf den „Temps" und dessen Redakteur Tardieu zurückführt, von wo sie auf dem Wege über die „Times" kritiklos in fast alle englische Zeitungen übernommen würden. Und auch hier wird der Wunsch nach friedlicher Einigung mit Deutschland ausgesprochen.

Im November 1911 geht die Diskussion von den Zeitungen über ans Parlament. Am 9. November richten 80 Mitglieder des Unterhauses aus allen Parteien eine Denkschrift an den Premierminister, in der sie den dringenden Wunsch nach Freundschaft mit Deutschland aussprechen. Am 21. November richtet Ronaldshay eine Anfrage an Grey über das Bestehen von englisch-französischen Geheimklauseln. Und am 27. und 28. November findet schließlich die große außenpolitische Debatte statt, in der Grey eine stundenlange, ermüdende Rede hält. Er gibt einen detaillierten Bericht über die Juliverhandlungen mit Deutschland, erwähnt die guten Beziehungen zu Frankreich und spricht über die Kriegsgelüste, die in so vielen Ländern herrschen. Er versucht zu beweisen, daß die freundschaftlichen Beziehungen von Rußland und Frankreich zu England eine Garantie dafür böten, daß diese beiden Länder keine aggressive Politik gegen Deutschland treiben würden. Ein längerer Teil der Rede beschäftigt sich mit der Gefahr, die die starke deutsche Wehrmacht für die Ruhe und die Sicherheitsgefühle der übrigen Völker bedeuten könne, und Grey schließt daran folgende Worte an: „Es gibt eine auswärtige Politik, die verschieden ist von der, die ich zu schildern versuchte, und es scheint, daß sie in einigen Kreisen befürwortet wird. Mir scheint, sie einfach unheilvoll zu sein. Sie besteht darin, daß wir es zu verstehen geben sollten, daß wir unter keinen Umständen einem unserer Freunde irgendwelchen Beistand leisten sollten, in wie herausfordernder oder unberechtigter Weise er auch angegriffen wird."

Hier sieht man, wie geschickt Grey es verstand, die wahre Meinung seiner Gegner zu verdrehen und somit scheinbar ad absurdum zu führen.

Es ist bezeichnend, daß auch bei dieser ernsten Auseinandersetzung die Oppositionsführer es sind, die Grey unterstützen. Bonar Law erklärt sich in einer längeren Rede völlig mit Grey einverstanden, und auch die konservativen Zeitungen nehmen diese Haltung ein.

Asquith schreibt von Greys Rede,[1]), sie müsse als „historische Darlegung der britischen Politik" gelten. Aber all diese Zustimmung konnte nicht hindern, daß die Kritik an Grey weiterging. Sowohl im Unterhaus wie im Oberhaus wird der schärfste Tadel ausgesprochen; die Angriffe richten sich vor allem gegen die

[1]) Asquith, Genesis, 86 f.

Geheimdiplomatie. Dillon behauptet, die Außenpolitik sei völlig in den Händen der Foreign-Office-Beamten. Mac Donald sagt, er habe niemals eine schärfere Verurteilung der geheimen Diplomatie vernommen, als sie sich aus dem erzählenden Teil der Rede Greys ergebe. Lord Courtney wendet sich im Oberhaus u. a. auch gegen die Rede von Lloyd George, die ein schriller Mißklang gewesen sei. Die liberalen Blätter „Morning Leader" und „Daily News" sind sich einig in ihrer Ablehnung der Greyschen Methoden. „Daily News" lobt sogar die Rede von Bonar Law und sagt von Grey, er sei ein in formalem Kram groß gewordener Diplomat. Die Verteidigung Greys durch Asquith im Unterhaus und Morly im Oberhaus kann nicht verhindern, daß die Debatte am 14. Dezember im Unterhaus wieder aufgenommen wird.

Und am 14. Januar 1912 geht die sehr geachtete liberale Wochenzeitschrift „Nation" sogar so weit, ausdrücklich zu betonen, daß die öffentliche Meinung einen anderen Außenminister verlange. Es folgen Artikel im „Spectator"; eine deutsch-freundliche Rede des Bischofs von Winchester, in der gesagt wird, nicht 5 Prozent der englischen Bevölkerung stünden hinter der deutschfeindlichen Bewegung; und schließlich finden im Januar und Februar in London, Glasgow und Bradford öffentliche Versammlungen statt, in denen für die Beseitigung der englisch-deutschen Mißverständnisse plädiert wird.

Erst mit dem Bekanntwerden der Haldane-Mission beruhigen sich die Gemüter. Und nun ist es allerdings wieder Bonar Law, der als Führer der eigentlichen Opposition gegen Grey und die deutsch-freundliche Wendung der Politik protestiert.

Wir sehen: Die Leute, die Bertie noch am 11. Februar 1912[1]) die „Grey-must-go-radicals" nennt, haben gesiegt. Zwar wird Grey nicht zum Rücktritt gezwungen, aber die Verhandlungen mit Deutschland sind aufgenommen, und, da ja die Besprechungen über die portugiesischen Kolonien bis in den Sommer 1914 fortgesetzt wurden, konnte man von seiten der Regierung behaupten, sie seien nie völlig fallen gelassen worden.

So hoch man hier also die Macht des Parlaments einschätzen muß, so wäre es m. E. doch falsch anzunehmen, das Parlament und die öffentliche Meinung hätten in diesem Fall die ausschlaggebende Rolle gespielt. Ohne die starke deutsch-freundliche Partei im Kabinett wäre Grey möglicherweise nicht gezwungen

[1]) Britische Dokumente, VI, Nr. 509.

worden, in dieser Frage nachzugeben, wie ja auch die heftigen Proteste in der russischen Angelegenheit ihn zu keiner Änderung seiner russenfreundlichen Politik hatten bewegen können, da er damals die Mehrheit des Kabinetts hinter sich hatte.

Wenn man hier konstatieren kann, daß einer schon festgesetzten politischen Linie gegenüber die öffentliche Meinung und das Parlament nicht unbedingt die Kraft haben, sich durchzusetzen, so läßt sich andererseits sagen, daß bei den schwebenden Fragen und vor endgültigen Entscheidungen im Foreign Office das Gewicht der öffentlichen Meinung eine große Rolle spielt. Kein außenpolitischer Schritt wird ausgeführt oder auch nur erwogen, ohne daß Grey die Stellungnahme der Parteien in Betracht zieht. Manchmal geht er in dieser bedachtsamen Voraussicht so weit, daß seine Mitarbeiter — die mehr auf die bestmögliche Führung der Außenpolitik Rücksicht nehmen und weniger die innerpolitischen Schwierigkeiten ins Auge fassen — ungeduldig werden. So hatte zum Beispiel Nicolson, damals Botschafter in Petersburg, aufs wärmste für eine Allianz mit Rußland plädiert. Greys Antwort darauf war:[1]) „Die Stimmung hier gegenüber einer ausdrücklichen Verpflichtung zu einem Krieg auf dem Kontinent unter nicht vorherzusehenden Umständen würde eine allzu zweifelhafte sein, um uns den Abschluß eines Bündnisses zu gestatten. Rußland muß auch seine innere Verwaltung weniger reaktionär machen — solange es das nicht tut, wird das liberale Empfinden hier sehr kühl bleiben, und selbst diejenigen, welche nicht sentimental sind, werden nicht glauben, daß Rußland seine Verwaltung ausreichend säubern kann, um eine starke und zuverlässige Macht zu werden."

Dazu schreibt der Biograph Nicolsons:[2]) „Nicolson war von diesem Brief äußerst enttäuscht. Seine langjährigen Erfahrungen auf dem Gebiete der europäischen Politik ließen ihn erkennen, daß eine Periode nahe, die für England Leben oder Tod bedeute. . . Deshalb hatte er seine Regierung gedrängt, den einzigen Schritt zu unternehmen, der seiner Ansicht nach die Katastrophe verhindern könnte; und als Antwort wurden ihm „liberale Gefühle" aufgetischt."

Einige Beispiele mögen noch zeigen, bei welcher Art von Erwägungen im Foreign Office auf die öffentliche Meinung Rücksicht genommen wurde. Während der Algeciras-Konferenz fühlte

[1]) Britische Dokumente, V, Nr. 823.
[2]) Nicolson, Lord Carnock, S. 306 f, deutsche Übersetzung S. 328 f.

sich Grey beunruhigt, als die Franzosen, nachdem die Deutschen in der Hafenfrage fast völlig nachgegeben hatten, sich immer noch als eigensinnig und unnachgiebig erwiesen. Er schrieb in einem Privatbrief an Bertie:[1]) „Wäre die Konferenz in die Brüche gegangen, ehe der österreichische Vorschlag bezüglich der Polizei gemacht war, dann wäre Deutschland zu tadeln gewesen; die öffentliche Meinung in Europa und (was wichtiger ist) die öffentliche Meinung Englands hätte es für einen lästigen Bramarbas (bully) gehalten. Wenn es jetzt zu einem Bruch kommt, werden die Leute sagen, daß Frankreich unverständig ist und seinen Vorteil nicht wahrzunehmen wußte, als es ihn hatte. Sie können ersehen, daß selbst der „Times"-Korrespondent in Algeciras meint, Frankreich sollte es wegen einer solch armseligen Sache wie Casablanca, das meines Wissens ein wertloses Loch ist, nicht zum Bruche kommen lassen."

Zu der Frage der Anteilsverteilung bei der Bagdadbahn schreibt Hardinge:[2]) „Ich bezweifle, ob die Öffentlichkeit mit einer 50prozentigen Beteiligung zufrieden sein wird," und Grey bekundet durch seine Initialen dieselbe Meinung.

Der eben zitierte Fall deutet schon an, daß die öffentliche Meinung nicht selten ein bequemes Druckmittel in der Außenpolitik darstelle. Was oben in dieser Hinsicht von der Deckung des Außenministers hinter dem Premierminister gesagt wurde, kann hier wiederholt werden. Deshalb möge ein Beispiel genügen. Grey sagte Iswolsky in einem Gespräch am 12. Oktober 1908:[3]) „Aber ich hatte beispielsweise gefunden, daß die Handlungsweise der russischen Offiziere in Persien, die die Verfassung unterdrückten, einen ungünstigen Eindruck auf die hiesige öffentliche Meinung gemacht habe. Ich hätte heute gehört, daß russische Offiziere mit Kosakentruppen zur Niederwerfung der Nationalisten in Täbris abgesandt worden wären: das würde wieder einen ungünstigen Eindruck hervorrufen. Und wenn Rußland versuchte, aus der gegenwärtigen Krise im nahen Osten für sich Nutzen zu ziehen, würden die Leute hier einen weiteren ungünstigen Eindruck empfangen. Wenn man zu einer einseitigen Regelung gelangte, auf die hin man hier eine Verstärkung unserer Seemacht im Schwarzen Meer für nötig erklären würde, und wenn wir einen

[1]) Britische Dokumente, III, Nr. 353.
[2]) Britische Dokumente, VI, Nr. 383.
[3]) Britische Dokumente, V, Nr. 364.

internationalen Vertrag sehr stark zum Vorteil Rußlands, und, wie man annehmen würde, zu unserem Nachteil abändern würden, ohne etwas dafür zu erhalten — dann würden wir damit eine Konzession machen, die gegenwärtig hier sehr schwer zu verteidigen wäre."

Dem Parlament gegenüber war Grey von noch größerer Zurückhaltung als gegenüber dem Kabinett. Er hatte für das Beantworten der kleinen parlamentarischen Anfragen während seiner Tätigkeit als Parliamentary Under-Secretary eine glänzende Vorschule gehabt. Die Stellung des parlamentarischen Unterstaatssekretärs beschreibt Grey folgendermaßen:[1]) „Seine Aufgabe war es, sich mit allem, was im Amt vorging, gründlich bekannt zu machen, sorgfältig irgend einen bestimmten Punkt auszuarbeiten, über den von Mitgliedern des Unterhauses Auskunft verlangt wurde; Aussagen über die Außenpolitik zu machen, die in völliger Übereinstimmung mit der Kabinettspolitik waren; und diese Politik zu verteidigen und zu erklären, ohne fremde Mächte zu kränken. Ihm stand es nicht zu, die Verantwortung für Indiskretionen auf sich zu nehmen; er mußte diskret sein, ohne übermäßig zurückhaltend zu sein. Es war eine bewundernswerte und interessante Schulung, vor allem, wenn im Kabinett Meinungsverschiedenheiten vorgekommen waren. . . . Dann mußte er die Politik im Unterhaus interpretieren und behandeln, manchmal in ziemlicher Ausführlichkeit, jedoch auf eine Weise, die die eine Partei im Kabinett zufrieden stellte, ohne ein Wort zu sagen, das der anderen Partei gegenüber dem zustande gekommenen Kompromiß illoyal erschien."

Diese Sätze sind gleichzeitig auch eine Beschreibung von Greys Verhalten gegenüber dem Parlament, nachdem er Außenminister geworden war.

Er hatte offenbar zwei Methoden, um eine klare Antwortgebung zu vermeiden: entweder er sagte garnichts oder doch so wenig, daß aus den spärlichen Worten nichts zu ersehen war; oder er wurde so ausführlich und wortreich, daß er seine Hörer allein durch das lange Reden ermüdete und verwirrte. In diesen letzteren Fällen verstand er es meisterhaft, wichtige Punkte nicht etwa hervorzuheben, sondern untergehen zu lassen in einer Fülle von Nebensächlichkeiten. Im Verlauf dieses Kapitels wurden schon einige Stellen aus Greyschen Reden zitiert, die für diese

[1]) Grey, Twenty-five Years, I, 2 f.

Art des Wortreichtums bezeichnend sind. Einen völlig umfassenden Begriff davon kann man nur bekommen, wenn man sich der Mühe unterzieht, einige dieser Reden ganz durchzulesen. Etwa die Parlamentsrede vom 27. November 1911 oder die vor den Dominionvertretern gehaltene Rede im „Comittee of Imperial Defence" vom 26. Mai 1911.[1]) Von manchen dieser Reden kann man wohl sagen, daß auch die schlechtest informierte Zeitung nicht weniger Stoff mit mehr Worten hätte auftischen können.

Viel häufiger als diese langen Reden sind bei Grey jedoch die kurzen ausweichenden Antworten. Auch wenn er ohne Gefahr manches hätte mitteilen können, zieht er es meist vor, nichts zu sagen. Bezeichnend hierfür ist vielleicht folgende Episode: Man weiß, daß im Unterhaus die Frage gestellt werden wird, ob im Foreign Office Niederschriften über deutsch-englische Bündnisbesprechungen in den Jahren 1899 oder 1901 vorhanden sind. Für die Beantwortung dieser „peinlichen" Frage schreibt Crowe ein zwei Seiten langes Memorandum, in dem er die Geschichte der Verhandlungen (Chamberlain, Bülow, Eckardstein, Hatzfeld, Lansdowne) ausführlich darlegt. Grey aber läßt sich auf derartige Erörterungen garnicht ein und antwortet im Unterhaus nur:[2]) „Ich kann derartige Fragen über die Beziehungen von Großbritannien zu anderen Mächten vor zehn Jahren nicht beantworten."

Anläßlich der bosnischen Krise richtet Dillon am 9. März 1909 die Frage an Grey, welche Schritte für das Zustandekommen einer europäischen Konferenz geschehen seien und für welchen Zeitpunkt der Zusammentritt der Konferenz erwartet werden dürfe. Der Staatssekretär antwortet darauf: „Es gehen beständig Mitteilungen zwischen den Mächten hin und her zu dem Zweck, die allgemeine Verständigung zu fördern. Da die Interessen anderer Mächte wesentlich berührt werden, kann ich gegenwärtig keine Aufschlüsse geben. Die Verhandlungen sind nicht weit genug fortgeschritten, daß ich sagen könnte, wann die Konferenz wahrscheinlich zusammentreten wird." Tatsächlich mußte jedoch Grey sich im Frühjahr 1909 schon darüber im klaren sein, daß das Zusammentreten einer Konferenz durchaus unwahrscheinlich war.

---

[1]) Britische Dokumente, VI, Extracts from the Minutes of the Committee of Imperial Defence.

[2]) Parl. Deb. 5. Sec. Vol. XVII, p. 888.

Am 7. April 1910 verweigert Grey die Antwort darauf, ob Rußland als Bedingung für eine Anleihe an Persien die Organisation einer Polizeitruppe in Nordpersien unter den Befehl russischer Offiziere stelle.

Daß Grey bei solchen ausweichenden Antworten sehr nah an die Grenzlinie zwischen Wahrheit und Unwahrheit herankommt, beweist folgender Vorfall:[1]) Am 25. August 1911 erschien in der „Neuen Freien Presse" ein gegen Deutschland und die Umgebung des Kaisers äußerst ausfälliger Artikel, der wohl mit Recht auf den englischen Botschafter in Wien, Sir F. Cartwright, zurückgeführt wurde. Auf Kiderlens Verlangen richtet Metternich mehrmals Anfragen an Grey wegen Cartwrights Verbindung mit diesem Artikel. Mehrere vorsichtig und ausweichend gehaltene Dementis des englischen Außenministers werden in Deutschland als ungenügend empfunden. Der Ton seitens des deutschen Botschafters wird immer ernster, bis schließlich ein Wortlaut gefunden wird, der die deutsche Regierung befriedigt.

Es ist nun interessant zu sehen, wie Grey sich im Unterhaus zu dieser Angelegenheit stellt.

Am 7. November 1911 sagt er: „Der britische Botschafter in Wien hat in keiner Weise an der Veröffentlichung des Artikels teilgenommen, über den man sich beklagt hat, und er hatte auch keine Kenntnis von ihm vor seiner Veröffentlichung." Auf diese äußerst geschickte Aussage hin fragt der Abgeordnete King, ob die Versicherungen und Erklärungen der englischen Regierung von der deutschen Regierung freundlich und ohne Zaudern entgegengenommen worden seien. Grey erwidert: „Meines Erachtens sollte King nach einer gründlichen und wohlerwogenen Mitteilung nicht noch Ergänzungsfragen an mich richten. Ich müßte sonst auf das verweisen, was ich bereits mitgeteilt habe, nämlich, daß keine der ergangenen Mitteilungen geeignet gewesen ist, irgendeine Schwierigkeit zwischen beiden Regierungen zu verursachen."

Es läßt sich denken, daß die Frage der englisch-französischen Militärbesprechungen für Grey ein besonders wunder Punkt sein mußte, solange dieselben noch nicht zur Kenntnis des Kabinetts gelangt waren. Darauf kann man wohl die Tatsache zurückführen, daß Grey sich bei zwei Gelegenheiten, als diese Frage ausdrücklich aufgeworfen wurde, vertreten ließ. Am 8. März 1911 antwortete der parlamentarische Unterstaatssekretär Mac Kinnon

[1]) Vgl. „Die Große Politik", Bd. 29, Nr. 10643—10649.

Wood; am 10. März 1913 leugnet Asquith die Wahrheit der Gerüchte über englische Militärverpflichtungen. Nur die Anfrage von Jewett am 30. März 1911 ist so gehalten, daß Grey sich selbst zur Antwort herbeiläßt; er sagt: Die Verpflichtungen gegenüber Frankreich stünden in der Konvention von 1904. Eine andere Verpflichtung bestünde nicht.

Wenn hier festgestellt wurde, daß Grey es liebte, sich, sei es mit wenigen oder mit vielen Worten, ausweichend und unklar auszudrücken, so darf das nicht zu der Annahme verleiten, daß diese Unklarheit ein ihm angeborener Wesenszug war. Man kann bei Fragen von sekundärer Bedeutung die Bemerkung machen, daß er die Fähigkeit hatte, sich durchaus sachlich und präzis auszudrücken, daß er klar formulieren konnte und daß die Unklarheiten somit bewußte Absicht gewesen sein müssen. Beispiele für solche gut formulierten Aussagen sind etwa seine Bemerkungen über das Abkommen mit Frankreich über die Neuen Hebriden am 20. Oktober 1906 oder über die Kongofrage am 22. März 1910.

Es braucht hier nicht betont zu werden, daß Grey nicht selten die Tribüne des Parlaments zu seinen außenpolitischen Zwecken benutzte, um einer oder mehreren fremden Regierungen bestimmte englische Auffassungen kundzutun oder um mit einer großen liberalen Geste die öffentliche Meinung der Welt zu gewinnen.

Die Bedeutung des Parlaments und der öffentlichen Meinung für die Gestaltung der Außenpolitik ist nicht leicht in eine Formel zu bringen. Einerseits steht fest, daß im Foreign Office selbst Tag für Tag versucht wird, die Wirkung jedes Schrittes auf die öffentliche Meinung vorauszuberechnen, und daß Grey bei der Rücksichtnahme auf diesen politischen Faktor in der vordersten Reihe stand. Andererseits ist derselbe Grey offensichtlich bemüht, möglichst wenig Kenntnis von den Einzelheiten der Außenpolitik in die Öffentlichkeit dringen zu lassen, und er bedient sich dabei parlamentarischer Methoden von ausgeklügeltster Feinheit. Obwohl man heute sicherlich zugeben muß, daß eine zielsichere Außenpolitik nicht betrieben werden kann ohne die Sicherheit, daß man nicht vorzeitig und in den ungeeignetsten Augenblicken gezwungen wird, seine Pläne öffentlich darzulegen, so muß man doch sagen, daß Grey in seiner vorsichtigen Verschwiegenheit wohl doch weiter gegangen ist als notwendig gewesen wäre. Es ist anzunehmen, daß diese ungeheure Vorsicht ihn vor noch zahlreicheren Angriffen bewahrt hat, als er sie ohnehin erdulden

mußte. Und in dieser Hinsicht hat er wohl das Parlament in manchen Fragen übervorteilt und hat es dadurch fertig gebracht, in den meisten Fällen seine politische Linie einzuhalten. Offenbar war auch Greys Stellung trotz heftigsten Angriffen in Parlament und Presse immer so lange sicher, als er das Kabinett hinter sich hatte. Dazu kommt noch, daß er ja immer entweder die Unterstützung der Liberalen oder der Tories erhielt, und daß nie das ganze Parlament gegen ihn vereinigt war. Hier hat man einen neuen Beweis dafür, daß die englische Außenpolitik im Grunde keine Frage der Parteipolitik ist, sondern daß sie in den letzten Vorkriegsjahrzehnten durch allen Wechsel der Ministerien hindurch eine immer bestimmter werdende Kontinuität aufweist. Und so war in den ganzen Konflikten der liberalen Meinung mit Grey seit dem Jahre 1906 schon die Konstellation vom August 1914 vorauszuahnen: die Tatsache nämlich, daß Grey im entscheidenden Augenblick auf die Stimmen der Konservativen zählen könnte.

Literaturverzeichnis.

1. Quellen.

British documents on the origins of the war, edited by G. P. Gooch and Harold Temperly.[1])

Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914, herausgegeben von Lepsius, Mendelssohn-Bartholdy und Thimme.

Österreich-Ungarns Außenpolitik 1908—14; Diplomatische Aktenstücke des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußeren.

Parliamentary Debates, 4th and 5th Series.

The Foreign Office List and Diplomatic and Consular year Books.

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender.

H. H. Asquith, Genesis of the World War, London 1923.

H. H. Asquith, Memories and Reflections, Boston 1928.

Winston Churchill, The World Crisis, London 1923.

Viscount Grey of Fallodon, Twenty-Five Years, 1893—1916, London 1925.

Viscount Haldane, Before the War, London 1920.

R. B. Haldane, An Autobiography, London 1929.

John Viscount Morley, Recollections, London 1918.

J. Viscount Morley, Memorandum on resignation, herausgegeben von Guy Morley, London 1928.

[1]) Beim Abschluß der Arbeit lagen vor die Bände I—VI und Bd. XI. Der inzwischen erschienene VII. Band wurde für einige Einzelheiten der Agadirkrise verwertet, jedoch in bezug auf die Foreign Office-Verhältnisse nicht systematisch durchgearbeitet.

2. Literatur.

Sir Sidney Lee, King Edward VII, A biography, London 1927.
Harold Nicolson, Sir Arthur Nicolson, First Lord Carnock, A Study in the Old Diplomacy, London 1930.
J. A. Spender, Life of Sir Henry Campbell-Bannerman, London 1923.
Lord Sydenham of Combe, My working Life, London 1927.
Lucien Wolf, Life of the first Marquess of Ripon, London, 1921.
(Die bis hierher angeführte Literatur hat insofern auch noch den Charakter von Quellen, als in ihr Briefe und Dokumente wiedergegeben sind.)
C. R. Beazley, John Morley und der Krieg, Berliner Monatshefte für internationale Aufklärung, Bd. 7.
George Buchanan, My Mission in Russia, London 1924.
Sir C. E. Callwell, Sir Henry Wilson, Life and Diaries, London, 1927.
The Cambridge History of British Foreign Policy, ed. by Ward and Gooch.
Algernon Cecil, British Foreign Secretaries 1907—1916. London 1927.
Werner Frauendienst, Crowe, der Deutschland Referent des Foreign Office, Berliner Monatshefte für internationale Aufklärung, Bd. 9.
G. P. Gooch, History of modern Europe, London, 1924.
B. J. Hendrick, The Life and Letters of Walter H. Page, New-York, 1925.
A. Huguets, L'intervention militaire Britannique en 1914, Paris, 1928.
Fürst Lichnowsky, Auf dem Weg zum Abgrund, Londoner Berichte, Erinnerungen und sonstige Schriften, Dresden, 1927.
Hermann Lutz, Lord Grey und der Weltkrieg, Berlin, 1927.
Hermann Lutz, Die britisch-russischen Beziehungen bei Kriegsausbruch, Archiv für Politik und Geschichte, 1928.
Hermann Lutz, Sir Eyre Crowe, der böse Geist des Foreign Office, Stuttgart und Berlin, 1931.
William Martin, Statesmen of the War in retrospect, London, 1928.
Graf M. Montgelas, Lord Grey als Staatsmann und Geschichtsschreiber, Berliner Monatshefte für internationale Aufklärung, Bd. 4.
Lord Newton, Lord Lansdowne, A biography, London, 1929.
Henry Kittredge Norton, Foreign Office Organisation, Concord, 1929.
C. E. Playne, Pre-War Mind in Britain, London, 1928.
R. Poincaré, Au service de la France, Paris, 1930.
Sir Rennell Rodd, Social and Diplomatic Memories, London, 1928.
Gustav Roloff, Unzutreffende Berichterstattung Greys im Ministerrat, Berliner Monatshefte für internationale Aufklärung, Bd. 7.
H. Rothfels, Die Memoiren von Lord Grey, Berliner Monatshefte für internationale Aufklärung, Bd. 3.
H. Rothfels, Zur Beurteilung Greys. Berliner Monatshefte für internationale Aufklärung, Bd. 5.
Sir Ernest Satow, A Guide to Diplomatic Practice, London, 1922.
Harold Spender, David Lloyd George, London, 1925.
Wickham Steed, Through Thirty Years, 1924.
A. Stern, König Eduard und die auswärtige Politik Englands, Europäische Gespräche, Bd. VII.
W. Zimmermann, Die englische Presse zu Ausbruch des Weltkrieges. Berlin, 1928.

Lebenslauf

Ich, Margret Antonie Boveri, wurde am 14. August 1900 in Würzburg geboren als Tochter des Universitätsprofessors Dr. Theodor Boveri und seiner Frau Marcella, geb. O'Grady. Von meinem siebenten bis zum siebzehnten Lebensjahr hatte ich Privatunterricht in den Fächern der vier ersten Volksschulklassen und der sechsjährigen höheren Töchterschule. Im Jahr 1917 trat ich in die zweite Klasse der privaten Realgymnasialkurse der Sophienschule in Würzburg ein und bestand nach drei Jahren das Reifeexamen an dem Realgymnasium in Würzburg.

Nun studierte ich acht Semester lang an der Universität Würzburg die Fächer: Geschichte, Deutsch und Englisch, und bestand im Herbst 1924 die Prüfung für das höhere Lehramt. Im darauffolgenden Jahr absolvierte ich das Seminar-Jahr für das höhere Lehramt an der Oberrealschule Würzburg und machte im Sommer 1925 die Assessorenprüfung.

Meine weiteren Studien an der Universität München wurden im Herbst 1926 dadurch unterbrochen, daß ich mich entschloß, die Stelle der Sekretärin an der Zoologischen Station in Neapel anzunehmen. Nach dreijähriger Tätigkeit in Neapel kam ich im Winter 1929 auf 1930 an die Friedrich-Wilhelms-Universität nach Berlin, um hier mein Studium wieder aufzunehmen.

An den Universitäten Würzburg, München und Berlin habe ich an den Vorlesungen und Übungen der folgenden Herren Professoren teilgenommen: A. Chroust, Th. Henner, R. Holtzmann, O. Jiriczek, P. Joachimsen, D. v. Kralik, K. v. Kraus, H. Maier, O. Mausser, H. Oncken, F. Roetteken, H. Steinacker.

Ich möchte nicht versäumen, an dieser Stelle den aufrichtigen und herzlichen Dank auszusprechen, den ich Herrn Geheimrat Oncken für die vielen Anregungen und die stets hilfsbereite Unterstützung, die er mir bei meiner Arbeit gewährt hat, schulde.